

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 24. Juli 1930  
12. Jahrgang, Nummer 166

Wochensatz täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Einzelheft 48 Pf., 12 Hef. Monatslohn 60 Pf., monatl. 2,10 RM., 30 Hef. Vierteljahrlohn 2,60 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch d. Post bezogen monatl. 2,60 RM., unter Streifenband 2 RM. Anzeigenpreis: Die schwebende Wählzettelzeile od. deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Bestimmungszettel od. deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss d. Inseratenannahme in d. Hauptverteilung 3 Uhr; in d. Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptverteilung:** Breslau 10, Krenbiter Str. 50, Tel. 50033.  
**Verkaufsstellen:** Breslau 544, Wobalitionen Breslau, Krenbiter Str. 50, Tel. 239 02, Erbschmitt der Redaktion von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. **Verkaufsstellen:** Glatz, Oberstr. 26, Tel. 4088; Opatowitz, Wobalitionen 11, Tel. 1964; Grotzsch, Buntz 6, Tel. 2384. **Geschäftsstelle:** 6-10 Uhr. **Geschäftsbüro:** Hauptverlag Breslau, Erscheinungsort Breslau. — **Verlag:** Schell, Verlagsgesellschaft, mbH, Bresl. — **Druck:** „Reubag“, Fil. Breslau, Krenbiter Str. 50

## Warum plötzlich rot?

Die Hufemänner 1928 in Magdeburg und 1930 in Breslau  
Von Gustav Sobotta

Schwarzrotgold waren die Farben des Verbandstages der Bergarbeiter im Juli 1928 in Magdeburg. Als ein Delegierter die Entfernung dieser Farben verlangte, tat Hufemann sehr entrüstet. Es sei eine Beleidigung des Verbandstages, wenn man verlange, daß an Stelle der Fahnen „unserer Republik“ die roten Fahnen aufgezogen werden sollten. Als Gäste auf dem Magdeburger Verbandstag waren vertreten: der preussische Handelsminister, der Reichsminister Curtius, Wisfoll usw. Sie alle wurden von Hufemann gefeiert, immer wieder versicherte er ihnen die Treue zur Republik und zum kapitalistischen Staat.  
Auf dem diesjährigen Verbandstage in Breslau ist es anders. Mit großem Pathos verkündet Hufemann, daß die Regierungen nicht eingeladen seien. Keine Bewehrung des kapitalistischen Staates, sondern im Bruch mit der „Ueberzeugung“ erklärt er, wir wollen den „sozialistischen“ Staat.  
Warum diese Wendung? Nun, ganz einfach. 1928 war die Tagung kurz nach der Reichstagswahl; durch Wahlschwundbelegen mit Panzerkreuzern und Kinderpepung war es der Sozialdemokratie gelungen, zwei Duzend Mandate zu gewinnen und in die Regierung

## Neue Diktaturmaßnahmen

„Rot“verordnung noch diese Woche — Wird auch der Milliarden-Raubetat diktiert?

Berlin, 23. Juli. Nachdem Hindenburg im Anschluß an die Aufhebung der Notverordnung durch den Reichstag dem Reichskanzler Weining weitere Vollmachten gegeben hat, soll die neue Notverordnung bereits Ende dieser Woche verkündet werden. Kopf- und Lebzigensteuer und den Diebstahl an den kleinen Beamten will die Regierung so zum Gesetz erheben.  
Diktaturparagrafen in Kraft zu setzen. Die Milliarden für Reichswehr und Polizei, die Veranbarung der Wohlfahrtsempfänger, Invaliden und Erwerbslosen um einen Teil des wenigen, was sie heute bekommen, soll einfach von oben herab diktiert werden.  
Der Hindenburg-Block glaubt, durch einen einfachen Handreich

die Millionenausplünderungen im Namen und Auftrag des Young-Planes erledigen zu können. Man wird sich täuschen. Die kommunistische Partei alarmiert die Massen. Die proletarische Faust wird breinschlagen.  
Aber nicht genug damit, plant das Stahlhelm-Kabinett nicht weniger als den Gesamtetat des Reiches auf Grund des Diebstahls der Arbeiterkassen zur gründlichen Abrechnung mit denen, die von Staatsinteresse sprechen und ihre Dividenden meinen, die in ihren Rheinlandreden sich das Maul von Volk und Vaterland lustig quatschen und unterdessen auf dem Rücken von 22 Millionen werktätigen Deutschen herumtrampeln.

## Furchtbare Brückeneinsturz-Katastrophe beim Befreiungsummel

Gegen 100 Personen ertrunken — Die Schuld der Behörden

Koblenz, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht)

Die „Befreiungsfeier“ in Koblenz, auf der Hindenburg und Braun Versöhnungsreden hielten, endete mit einer furchtbaren Todeskatastrophe. Nach Abschluß der Kundgebung passierten große Menschenmassen die von Neundorferd nach dem Vorort Koblenz-Lügel führende Moselbrücke. In dem Augenblick, als dieselbe voll besetzt war, brach diese unter ungeheurem Getöse zusammen. Über 100 Menschen stürzten ins Wasser. Entsetzliche Szenen spielten sich ab. Wellende Hilferufe und Todessehre klangen weithin in die Dunkelheit. Rettungsmannschaften, die herbeieilten, und mit Schlepphalen und Flaschenzügen nach den Verletzten suchten, konnten bisher nur 38 Todesopfer bergen. Die Arbeiten wurden während der Nacht noch fortgesetzt. Zweifellos ist zu befürchten, daß sich die Zahl der Todesopfer noch weiter erhöht. Zahlreiche Einwohner des Vorortes Lügel und Teilnehmer an den Kundgebungen sammelten sich an dem Unglücksort und suchten nach Vermissten, Verwandten und Bekannten.  
Die Schuld an dieser furchtbaren Katastrophe tragen die Behörden, die in unverantwortlicher Weise die Massen zur Teilnahme

an ihren nationalistischen Feiern aufriefen, ohne die nötigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Die Polizei setzte ihren Eifer daran, nur Absperungen vorzunehmen, wo die Möglichkeit bestand, daß Arbeiter ihren Unwillen gegen derartigen nationalistischen Hummel bekunden könnten. Außerdem mußte natürlich Sorge dafür getroffen werden, daß die „Prominenten“ den nötigen Abstand vom Volke bewahrten. Nur so ist es zu erklären, daß sich die Massen auf dieser Brücke derartig anstauten. Außerdem wäre es unbedingt notwendig gewesen, daß die Behörden vorher derartige Zugangswege auf der Brücke auf ihre Festigkeit und Dauerhaftigkeit untersucht hätten, auch das ist nicht geschehen. Die Brücke ist in einem derartig schlechten Zustand gewesen, daß der Zusammenbruch plötzlich und vollkommen erfolgte. Die Opfer, die schwimmen konnten, wurden von nachstürzenden Ballen im Wasser erschlagen. Den nationalistischen Drahtziehern kam es ja auch nur darauf an, Massen mobil zu machen, die Vorspanndienste für ihre Interessen leisten sollten. Wir verlangen strengste Untersuchung und Bekräftigung der Schuldigen.

Nieder mit der Diktatur!  
Seht auf die Straße am 1. August!  
Kommt zu den Grenztreffen am 3. August!  
und manifestiert gegen den drohenden Krieg, gegen den moribunden Faschismus und gegen das Diktaturkabinett des Zentrum, das Brot Arbeit und Brot, den Hunger und Faschismus bringt!  
Sorgt dafür, daß Millionen und Millionen am 14. September die KPD.-Liste 4 wählen!

## Brauns zweiter Kniefall vor den Faschisten

In verschiedenen Teilen Westfalens hatte die preussische Regierung ein Scheinverbot des Bismarck-Bundes erlassen. Als Braun auf den Ruf Hindenburgs sofort das Stahlhelmverbot aufhob, forderten auch die Bismarckbündler Schleunigst die Legalität von der Preußenregierung zurück. Diesmal wartete Braun gar nicht den Befehl Hindenburgs ab. Es genügte, daß Hugenberg am 18. Juli in seiner Presse die Forderung stellte. Schleunigst hängten sich die Polizeipräsidenten der preuß. Regierung ans Telefon und teilten der Deutschnationalen Partei u. a. in Bielefeld mit, daß bereits vom 20. Juli die Forderung der Faschisten erfüllt sei. Die völlige Kapitulation Brauns vor dem Stahlhelm hat den faschistischen Verbänden den Kamme schwellen lassen, daß sie höhnisch jede „Forderung“ Brauns ablehnen. Der Bismarck-Bund erklärt, daß er seine eingelegte Rechtsbeschwerde nicht zurückziehen werde und keinerlei gewünschte Erklärungen abgibt.

einzutreten. Severing als Innenminister erklärte, daß es nun nicht mehr gelingen werde, die Sozialdemokratie aus der Regierung herauszubringen. Die Müller, Severing und Wisfoll dachten für immer die Geschäftsführer der Kapitalisten zu bleiben, deshalb mußte auch Hufemann und seine Trabanten sich ganz offen zu dieser Sippigkeit bekennen. Deshalb schwarzrotgold auf dem Verbandstag, deshalb schwulstige Begrüßungen durch die Regierung und an die Regierung.

Jetzt ist es anders gekommen, als die Hufemänner dachten. Die Müller, Severing und Wisfoll sind aus der Regierung vor die Türe gesetzt, der Reichstag ist aufgelöst. Die Bergarbeiter sollen am 14. September wieder an die Wahlurne. Da drapiert sich Hufemann schnell mit roten Fahnen. Nicht diese Republik, sondern die „sozialistische“ Republik will er. Kein Freundschaftsbündnis, sondern „Kampf der Regierung“, so verkündet er. Seine Phrasen sollen die Schandtat verdecken, die die Sozialdemokraten im Reichstage und in der Regierung verbrochen haben. Sie sollen die Bergarbeiter hinwegtäuschen über die unter Wisfells Führung verschlechterte Erwerbslosenversicherung, sie soll sie hinwegtäuschen über die unter sozialdemokratischer Führung beschlossenen Steuer- und Zoll-erhöhungen.

Aber Hufemann irrt sich, wenn er glaubt, die Bergarbeiter werden die Schandtat der Wisfoll und Kompanie vergessen. Hufemann und seine Trabanten werden nicht hinweggelogen können, daß es der Vertreter des Reichsarbeitsministers Wisfoll war, der bei den ersten Verhandlungen über die Arbeitszeit im Bergbau im Januar 1930 genau so wie die Vertreter der deutschen Grubenkapitalisten sich für die Beibehaltung der Achtstundenfrist unter Tage einsetzte, und dazu noch 300 Ueberstunden im Jahre verlangte. Das ist Wisfoll, während Hufemann angeblich den Kampf führte um die Siebenstundensfrist, und auch noch auf dem jetzigen Verbandstage davon schwafelt.

Die Ruhrbergarbeiter werden nicht vergessen, daß im April 1929 der Sozialdemokrat Wisfoll einen Schiedspruch für die Ruhrbergarbeiter fällte, der die Löhne der Bergarbeiter um 17 Pfennig pro Schicht erhöhte, den Grubenherren aber Subventionen in Höhe von 67 Pfennig pro Tonne Kohlen, und damit Millionen schenkte.

Die niederdeutschen Bergarbeiter wissen, daß es Wisfoll war, der Ende 1929 einen Schiedspruch fällen ließ, der den Bergarbeitern 7 Prozent Lohnerhöhung brachte, als die Grubenherren diesen Schiedspruch ablehnten, da fällte Wisfoll einen anderen

## Wahlerfolge der Kommunistischen Partei

Gestern meldeten wir, daß bei der Gemeindevwahl in dem kleinen Leopoldshagen (Pommern) die Kommunisten einen Stimmenzuwachs von 42 auf 85 zu verzeichnen hatten. Wie wir nunmehr erfahren, konnte die kommunistische Partei auch bei den Gemeindevwahlen in Pruten und Millrath (am rechten Rheinufer) große Wahlerfolge buchen. Es erhielten in Pruten: Zentrum 805, Bürgerliche Liste 539, Kommunisten 498, SPD. 198, Wirtschaftspartei 166, Nationalsozialisten 288, Freie Turner 68 Stimmen. Die Sitze verteilen sich wie folgt (wobei die früheren Zahlen in Klammern gesetzt sind und die Erhöhung der Amtsvertreterzahl von 15 auf 18 in Betracht gezogen werden muß): Bürgerliche Liste 4 (5), Zentrum 6 (6), Kommunisten 4 (3), Nazis 2 (—), SPD. 1(1), Wirtschaftspartei 1 (1).  
Noch größer ist der kommunistische Vormarsch bei den Gemeindevratswahlen in Millrath. Trotzdem die Zahl der Gemeindevorteiler dort von 12 auf 18 stieg, verloren die bereitigten Bürgerlichen von ihren 5 Sitzen 2, die sie an das Zentrum abgaben, das auf 7 Sitze stieg. Die Kommunisten erhielten 4, bisher 1 Sitz. SPD, Wirtschaftspartei, Freie Turner, Falkenkreuzler erhielten je 1 Mandat.

## Munitionsfunde in Liegnitz

Liegnitz, 23. Juli. Beim Baden im Rößschwitzer See fanden Kinder einen ihnen unbekanntem runden mit einem Drahtgriff versehenen Gegenstand. Ein aus der Nähe zusehender Herr erkannte in dem Fund eine mit einem Zünder versehene Granatgranate. Der gefährliche Fund wurde vorläufig begraben. Wie ein anderer badender Herr erzählte, fand man in dem See vor einiger Zeit bereits drei Gewehre.  
Wem gehörten diese Granaten und Gewehre? Wie kamen sie in den See? Man kann mit Bestimmtheit behaupten, daß dahinter Faschisten stehen! Es wäre vergeblich, hier die Polizei zu alarmieren. Den erfolgreichen Kampf gegen die Faschisten können nur die Arbeiter selbst führen. Bildet in den Betrieben antifaschistische Organisation! Heraus am 1. und 3. August zur Demonstration gegen Krieg und Faschismus!

Schiedspruch, der nur 3 Prozent Lohnerhöhung vorsah und dazu auch noch in Raten.  
Die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter werden sich noch gut erinnern an den 1. Dezember 1929, an dem Wisfoll die erbärmlichen Löhne der mitteldeutschen Bergarbeiter ohne die geringste Lohnerhöhung „mobilitierte“, wie er sich ausdrückte, so daß sie jetzt noch um 40 Pfennig pro Schicht niedriger sind, als im Oktober 1929.  
Während so unter Wisfells Regie die Löhne herabgesetzt wurden, wurden den Grubenherren Millionengeschenke gemacht durch Erhöhung der Kohlenpreise und Zahlung von Subventionen.  
„Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit“, schreibt Hufemann. Wisfoll, sein Freund, verlängert aber den jugendlichen Bergarbeitern durch seine Verordnung vom 26. März die Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Wisfoll legt dem Reichswirtschaftsrat ein Berg-

arbeitsgesetz vor, auf Grund dessen die neun und neunehnhalf Stunden eingeführt werden sollen und jahrzehntelange Rechte der Bergarbeiter beseitigt werden.  
Ueber diese Schandtat der Sozialdemokratie wird der Verbandstag der Hufemann u. Co. die Bergarbeiter nicht hinweggelogen, wenn er auch mit der wüstensten kommunistischen Begleit ist. Der Breslauer Verbandstag soll nach Hermann Müller und Hufemann für die Bergarbeiter der Aufruf zu den Reichstagswahlen sein. Nun, wir sind bereit, sogleich bei dem Verbandstag anzufangen und den Betrüger der Bergarbeiter die rote Maske, die sie sich in Breslau umgehängt haben, vom Gesicht zu reißen. Darum rufen wir den Bergarbeitern zu: Heran an die Arbeit! Der Schandtat sind genug! Am 14. September muß der Hufemann und Wisfoll heimgezahlt werden!

# Wer soll die Landarbeiterkämpfe führen?

## Zum V. Kongress der KPD.

Von Franz Meide.

Eins steht fest: Wollen die Landproletariat den Lohnabbau ihrer Ausbeuter verhindern und darüber hinaus ihre Hungerlöhne erhöhen, denn müssen sie kämpfen. Dann müssen sie zur Frühjahrserntezeit oder noch besser zur Erntezeit streiken. Diese Wahrheit muß den Land- und Forstarbeitern, den Frauen, der Jugend und auch den Kindern immer und immer wieder vorzulegen werden. Die Landarbeiter müssen und werden dies bezeichnen. Wer aber soll dieser zurückgebliebenen und durch Jahrhunderte langen Terror eingeschüchterten Schicht diese Notwendigkeit des Kampfes beibringen? Wer soll die Kämpfe organisieren und führen?

Bis zum Jahre 1923 waren der DDB und selbst der „christliche“ Zentralverband durch den Druck ihrer Mitglieder-massen gezwungen, Streiks zu führen. Diese Streiks wurden aber

von den Bonzen bewußt zu Niederlagen geführt.

um den vorwärtsstürmenden Landarbeitermassen das Streiken auszutreiben, um sie vom „Streikfieber“ zu heilen. Bis zum Jahre 1923 wuchs auch der DDB zusehends. Wäre es technisch möglich gewesen, die Anmeldungen der Landarbeiter alle zu registrieren, der DDB hätte nicht nur 780 000 Mitglieder, sondern weit über eine Million fassen können. Das war zur Zeit, als der DDB Lohnkämpfe führte. Mit demselben Augenblick aber, wo die Bonzen jede Bewegung der Landarbeiter lähmten, wo sie ablehnten, Streiks zu genehmigen und die trotzdem ausgebrochenen Lohnstreiks als „wilde“ erklärten und bei Wein und dicken Zigarren die Landarbeiter an die Junter verschickten, seit jener Zeit ging die Mitgliederzahl mit Riesenschritten zurück. 780 000 Mitglieder im Jahre 1922 und nur noch 130 000 Ende 1923. Das ist ein Verlust auf dem Rückzuge vom Kampffeld der Massen zur Friedenschütze der Arbeitsgemeinschaft, den der DDB unter sozialfaschistischer Führung erlitt.

Gegenwärtig zeigt die Kampfkraftlosigkeit der Landarbeiter eine aufsteigende Kurve. In Danzig, in der Altmark und auf den Gütern im Bezirk Halle traten die Landarbeiter und -arbeiterinnen in den Streik. In Danzig organisiert, vorbereitet, in den übrigen Fällen mehr spontan, nicht organisiert. Bei allen diesen Streiks trat der DDB, den Landarbeitern als ein Hindernis in den Weg. In Danzig verbanden sich die DDB-Führer direkt mit den Gutsherren und Gendarmen gegen die Arbeiter.

In allen Fällen gelang es jedoch der KPD, einheitliche Kampfleitungen zu bilden, die DDB-Bonzen auszuschalten und die Streiks zu führen.

Bei klarer Überlegung muß man sich nun die Frage vorlegen, ob der DDB überhaupt noch als eine ernst zu nehmende Organisation der Landarbeiter zu betrachten ist. Der DDB hat von 3 Millionen Landarbeitern nach seinen eigenen Angaben 170 000 (?) erfasst. Das wären noch nicht 6 Prozent der Landarbeiter. Der DDB macht sich aber an, auch die Löhne für die 94 Prozent der Unorganisierten gegen deren Willen festzusetzen.

Nun fragt man sich aber, wie es denn kommt, daß die im Landbund organisierten Gutsherren und Großbauern, die doch genau auch die zahlenmäßige Mitgliederstärke des DDB in den Provinzen und Kreisen kennen, den DDB als Tarifkontrahenten anerkennen und mit ihm die Lohnsätze für die Kreise abschließen. Die politisch weitbildenderen Gutsherren haben den für sie günstigen Vorteil eines langbehalteneren Kollektivvertrages längst erkannt. Es gibt heute im Lager der Junter bekannte Landbundführer, die sich im heftigsten Kampfe gegen ihre Klassen-genossen für die Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaft mit dem DDB und die Tarifämter einsetzen. Als der DDB-Apparat noch von der Masse der Mitglieder gegen die Junter angetrieben wurde, wehrten sich die Gutsherren dagegen. Seitdem aber der ganze Funktionärkörper des DDB sich zum Instrument zur Verhinderung von Wirtschaftskämpfen der Landproleten entwidmete und ein Aktivposten zur „Retten der notleidenden Landwirtschaft“ wurde, näherten sich die Gutsherren diesem Apparat, um ihn für sich in ihrem Interesse auszunutzen und einzuspannen.

Die Kommerziellen Diktatöre aber waren nicht recht zu überzeugen. Unter diesen ausgesprochenen Reaktionären befanden sich Heißsporne, denen alles nicht schnell genug ging. Diese Sorte Landhändler beauftragten darum den berühmten Johannes Wolf, eine Arbeitsgruppe des Landbundes zu gründen. Das machte Wolf auch. Dafür erhielt er ein Reichstagsmandat. Heute bereuen es die Junter, denn diese gelbe Landbundsplanze kostet ihnen eine ganze Stange Geld und nützt ihnen absolut nichts.

Wolf kann die Entwicklung des Klassenkampfes im Dorf ebenso wenig aufhalten wie Behrens und Georg Schmidt.

Im Gegenteil, Wolf medert nur dazwischenherum und schadet der heiligen Dreieinigkeit der Bonzokratie, Landbund, DDB und Reichsverband (christl.) nur. Und noch eines. Während der gelbe Reichslandarbeiterbund des Herrn Johannes Wolf von den Gutsherren finanziert wird, nehmen die Bonzen vom DDB und den Christen die Interessen der Gutsherren umsonst wahr. D. h., die DDB-Mitglieder müssen ihren Verrat an die Junter durch die sozialfaschistischen Gau- und Kreisleiter selbst bezahlen.

Es wäre an der Zeit, in Verbandssammlungen anderer Industriegruppen einmal diese jamosen Statuten des DDB, die Bestimmungen aus der altpreussischen Gefändordnung anzubalten, vorzulesen und zu diskutieren. Und damit kommen wir zur Hauptfrage: die Landarbeiter sind noch unerfahren in der Organisation und Führung ihrer Lohnkämpfe. Sie sind auch unbeholfen, wenn sie den ausgelochten Demagogen, ihren Verbandsführern, entgegenzutreten wollen. Sie bedürfen darum der weitgehendsten Unterstützung durch die Arbeiter aus den Fabriken, den Gruben, den Baustellen, den Stempelstellen usw., die eine gewisse Erfahrung in der Führung von Streiks haben. Nie, niemals wird die Führung des DDB, einen Lohnkampf der Arbeiter mehr führen, um dadurch den Landproleten zu helfen.

Darum müssen sich die Orts- und Bezirksausschüsse der KPD, ernstlich und gewissenhaft mit der Schaffung von Einheitsorganen zur Führung von Landarbeiterkämpfen befassen. Es muß dem Proletariat gelingen, die bis auf die Knochen korruptesten sozialfaschistischen Führer des DDB, vom Kampffeld der Land- und Forstarbeiter, aus den Dörfern zu vertreiben und zu verhindern, daß diese Junterlakaien überhaupt noch Tarife abschließen und der DDB, und der Reichsverband als Tarifkontrahenten auftreten. Die ganze Bonzokratie ist

Vertraut, das auf dem Kampffeld wachen konnte. Also ausfällen! Die beiden Verbände haben so wenig Einfluss unter dem Landproletariat, daß sie bei einigermassen anstrengender Landarbeit vollkommen ausgeschaltet werden können.

Die Land- und Forstarbeiter, geführt von der KPD, müssen ihre Lohnkämpfe selbständig und unabhängig von Tarifabschlüssen terminieren der sozialdemokratisch-landbündlerischen Einheitsfront führen. Der IV. Kongress der KPD hat in seinen Beschlüssen „Über die Arbeit unter den Land- und Forstarbeitern“ die Herausforderung von Aktivposten unter den Land- und Forstarbeitern gefordert. Jener Kongress hat es den Klassenverbänden und reaktionären Widerheiten zur Pflicht gemacht, Massenagitation unter dem Landproletariat zu treiben. Unter

Berufung auf die Beschlüsse des III. Kongresses der KPD, in denen ganz besonders die gegenseitige Unterstützung zwischen Stadt und Land hervorgehoben wurde, betonte der IV. KPD-Kongress: „Alle diese Mängel der revolutionären Gewerkschaftsbewegung sind mit Entschlossenheit zu beseitigen.“

Auf dem V. Kongress haben die Sektionen Rechenhaft abzulegen, ob sie den Beschlüssen der vorausgegangenen Kongresse nachgekommen sind. Die Offenheit der Agrarproletariat in den imperialistischen Ländern gegen das Landproletariat wird schärfer mit der zunehmenden Agrarkrise. Der Klassenkampf im Dorfe nimmt mit der zunehmenden Klassenkämpferentfremdung zu. Die KPD muß diese wichtigen Vorgänge beachten. Seht gilt es zu handeln. Scharf an die Arbeiter!

# Die Schutzgarde des Kapitals

## Nazis als Streikbrecher im Plauer Metallarbeiterstreik Sozialdemokratischer Vorsitzender des Arbeitsamtes erklärt: „Jawohl, ich vermittele Streikbrecher!“

Aus Plauen und Essen erhalten wir heute folgende Meldungen, die die Rolle der NSDAP und der SPD als Streikbrecherpartei zur Genüge kennzeichnen:

Plauen, den 22. Juli (Eigener Bericht). Die gesamte Belegschaft, 1600 Arbeiter, der Bogisländischen Maschinenfabrik AG, Plauen (BOMAG) steht seit Montag geschlossen im Streik gegen die Annahme der Direktion, einen Lohnabbau von 30 bis 40 Prozent durchzuführen. Die Nazis betätigten sich als Streikbrecher. An der Spitze der Nationalsozialisten steht ihr Plauer Stadtratsmitglied Koch, der offen für Streikbruch und für die Lohnherabsetzungen der Bomag-Direktion eintritt. Wie man versichert, soll die nationalsozialistische Streikbruchaktion direkt auf die Anweisung von Hitler betrieben werden, um Wahlgelder bei den sachlichen Industriellen zu bekommen. Die Streikbruchversuche der Nazis begegnen dem entschiedenen Widerstand der Belegschaft, die unter starkem Einfluss der revolutionären Gewerkschaftsopposition steht.

Essen, 22. Juli. (Eig. Bericht.) In einer Funktionä-

renferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes machte der Gewerkschaftsbürokrat Weimann ein sensationelles Eingeständnis. Weimann, der früher der Bevollmächtigte des Essener Metallarbeiterverbandes war, hat jetzt ein erträgliches Eintommen als Vorsitzender des Arbeitsamtes. Als solcher vermittelte er während des Streiks bei Krupp zahlreiche Glieber, Former und sonstige Facharbeiter als Streikbrecher.

In der Funktionärenkonferenz hielten dem anwesenden Weimann verschiedene Mitglieder diese Tätigkeit vor. Der sozialdemokratische Streikbruchagent erklärte darauf zynisch: „Das sind gesetzliche Bestimmungen, das mußte ich machen.“ Im weiteren Verlauf der Versammlung teilte der Gewerkschaftsangehörte Fritz Schmidt mit: „Auf Grund der guten Klassenverhältnisse hätten wir den Streik durchführen können.“

Chemnitz, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In Plauen im Vogtland traten heute die Pflichtarbeiter in den Streik. Sie fordern Entlohnung nach dem Gemeindefunktionärs- und die Abschaffung der Pflichtarbeit für Erwerbslose.

## Mansfeld kämpft für Dich!

# Einen Stundenlohn für Mansfeld!

## Der Mansfeld-Streik im entscheidenden Stadium — Die Kumpels stehen gegen reformistischen Verrat

### An die Betriebsbelegschaften! An die Genossen der KPD! An alle Werkfähigen!

Die Mansfelder Kumpels streiken in der achten Woche. Der Kampf der Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter gegen Lohnraub und kapitalistische Nationalisierung ist in das entscheidende Stadium getreten. Nach verlogenen Betrugsmanövern ist die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie laut Verabredung mit den Direktoren der Mansfeld AG und dem Reichsarbeitsminister der schwarzen Brüning-Regierung offen zum Verrat der Kumpels übergegangen. Die Hutmänner diktieren den Berg- und Hüttenarbeitern einen 9 1/2 prozentigen Lohnabzug und bewilligt gleichzeitig der Mansfeld AG aus den Steuergroschen der Werkfähigen Subventionen im Betrage von Millionen.

Die Mansfeld-Kumpel haben die Antwort gegeben, die das revolutionäre Proletariat von ihnen erwartete: sie verjagten die sozialfaschistischen Führer und beharren unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Streik! Freigewerkschaftlich organisierte und christliche Berg- und Hüttenarbeiter mißachteten die schriftlichen Aufforderungen ihrer Führer zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit und erklärten sich mit den streikenden Mansfeldern, die unter Führung der KPD, standen, ausnahmslos solidarisch.

Inzwischen steht das ganze Mansfelder Land nach wie vor im Streik unter alleiniger Führung der KPD. Der heroische Kampf hat prinzipielle Bedeutung für die Führung der revolutionären revolutionären Massen-kämpfe. Er zeigt die Methoden der Gewinnung der Massen durch Anwendung der revolutionären Einheitsfront von unten auf. Mehr denn je muß die Unterstützung der Internationalen Arbeiterhilfe durch breite Solidaritätsaktionen der Werkfähigen im ganzen Reich verstärkt und gefördert werden.

Das Reichssekretariat der Internationalen Arbeiterhilfe hat am Montag, dem 21. Juli, in einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Zentralstreikleitung der Mansfelder Arbeiter beschlossen, sich mit diesem Aufruf dringend an alle Betriebsbelegschaften zu wenden. Ferner an die oppositionellen Gewerkschaftsvorstände und Ortsgruppen, um diese aufzufordern,

nach diese Woche am Samstag einen Stundenlohn für die Mansfelder Arbeiter zu zeichnen.

Zeichnet vollzählig und führt das Geld rasch ab an das Reichssekretariat der Internationalen Arbeiterhilfe, Georg Dünninghaus, Postfachkonto Berlin 76806.

Der Kampf der streikenden Mansfelder ist unser Kampf! Es lebe die proletarische Solidarität! Es lebe die revolutionäre Gewerkschaftsopposition! Es lebe der revolutionäre Massenkampf für die revolutionären Arbeiterforderungen, für Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung im Zeichen der Diktatur des Proletariats!

Berlin, den 21. Juli 1930.

Zentralstreikleitung der Mansfelder Arbeiter.  
Reichsausschuß der Internationalen Arbeiterhilfe.  
Reichskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

## Polizei verbietet Streikposten stehen

Warentag-Polizei beruft sich auf Artikel-48-Diktatur

Halle, 22. Juli 1930. (Eigener Drahtbericht.) In ganzen Mansfelder Streikgebiet ging heute morgen die Polizei gegen alle Streikposten vor, um sie zu verjagen. Die Polizei riegelte die Zugangsstraßen zum Bightumschacht ab und erklärte, daß sie Anweisung habe (offenbar vom SPD-Regierungspräsidenten v. Harnack) jede Ansammlung von Streikposten zu verhindern. Heute gelte der Artikel 48 und da gäbe es kein Streikpostenrecht mehr. Bei der Polizei glaubt man also offenbar, mit der Artikel-48-Diktatur seien die Streikverbote der Chert-Seck-Diktatur wieder in Kraft gesetzt. Die Polizei wütet entsprechend brutal. Streikposten werden auseinandergetrieben, Frauen mit den Füßen getreten, vorbeifahrende Arbeiter von den Rädern gerissen und geprügelt.

Der Streikpostendienst wird dem Terror zum Trotz von organisierten und unorganisierten Arbeitern unter Führung der KPD, mit größter Entschlossenheit weiter verstärkt ausgeübt.

## Die böse Reform

Man sage nicht, daß der „Vorwärts“ immer nur lügt. Wir erleben sogar im Zeitalter der Nationalisierung das Wunder, daß der „Vorwärts“ — wenn auch verächtlich und ungemollt — manchmal den Mund aufst, ohne zu lügen. Mit wachsendem Erfahren lesen wir im Leitartikel des „Vorwärts“ vom 20. Juli 1930:

„Das Wort „Reform“ hat in den letzten Jahren seinen ursprünglichen Sinn verloren. Es ist nur noch eine pathetische Bezeichnung für bewährte, planmäßige Verbesserungen.“

Herr Stämpfer, wie wird Ihnen? Wie verhält sich das mit dem Programm der internationalen Sozialdemokratie, das den Arbeitern erzählt, daß sie durch Reformen zum Sozialismus kommen?

Der „Vorwärts“ kann wirklich boshaft werden. Was glaubt er, was sich zum Beispiel sein Freund Wiffel am Sonntag beim Frühstück gedacht hat, als er diese Zeilen aus

Stämpfers wütender Feder las? Wie kann man den Vater der „Reformen“ in der Erwerbslosenversicherung so schnöde behandeln?

Nicht zu reden von Herrn Lehmann, der sich doch seit Jahr und Tag schon so eifrig für „Reformen“ in der Krankenversicherung einsetzt, die die Kranken die Kleinigkeit von 500 Millionen kosten sollten.

Wie peinlich das doch für Hilfe rding sein mußte, wenn er am Sonntag bei irgendeinem seiner befreundeten Bankdirektoren zum Mittagessen eingeladen war und der Herr Bankdirektor mit ihm auf seine Finanzreform anließ.

Wir wagen garnicht zu Ende zu denken, was alles aus so einer unbedachten Redewendung noch entstehen kann. Die reformistischen Gewerkschaftsführer von Mansfeld und Nordwest, die soeben vom Streikbruch zurückkehrten, werden, wenn es so weiter geht, dem Stämpfer wirklich die Freundschaft kündigen. Ganz und garnicht zu vergessen die Arbeiter, denen die SPD, wieder bald mal mit neuen „Reformen“ kommen dürfte.

# Oberschlesien

## Parteigenossinnen und Genossen des Bezirks Oberschlesien

Am 31. Juli findet in allen Ortsgruppen und Zellen der Partei eine Buchkontrolle der Parteimitgliedsbücher statt. Die Ortsgruppen- und Zellenleitungen haben von der Bezirksleitung schon die notwendigen Anweisungen und Material zur Kontrolle erhalten, und diese sind verpflichtet, sofort alle Vorbereitungen zur Durchführung der Kontrolle zu treffen.

Die Parteimitglieder müssen zu obigem Termin ihre Mitgliedsbücher bereit halten und bis dahin etwaige Beitragsrückstände nachgeholt haben, damit die von den Ortsgruppen- und Zellenleitungen beauftragten Genossen eine regelrechte Kontrolle durchführen können.

Bezirksleitung O.S. der K.P.D.  
Orgabteilung.

## Berhöfelter Justizterror auch in O.S.

In den letzten Wochen hat eine verschärfte Terrorwelle der deutschen Klassenjustiz auch in Oberschlesien gegen die revolutionäre Bewegung eingesetzt. Ein Massenprozess jagt den anderen. Vor ungefähr acht Wochen standen neun Proletarier aus Mieschowitz unter Anklage. Raum war dieser Prozess beendet, so zerrte man acht Genossen aus Kollitz auf die Anklagebank. Gegen Genossen aus Hindenburg laufen Anklagen wegen Hochverrats. Ein Genosse ist bereits zu einleinhalf Jahren Festung verurteilt worden. Weitere werden folgen. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Kette des Unterdrückungsfeldzuges gegen die revolutionären Organisationen.

Die Rote Hilfe führt nicht nur den Kampf gegen den Justizterror und barbarischen Strafvollzug; sie unterstützt moralisch und materiell die Gefangenen und deren Familienangehörige; sie gewährt Rechtsbeistand. In den letzten Wochen sind einer ganzen Anzahl von Angeklagten Rechtschutz gewährt worden. Die Zahl der Unterstützten hat sich gewaltig erhöht. Nicht geringe Geldmittel werden benötigt, um die bitterste Not in den Familien lindern zu helfen. Soll das proletarische Hilfswerk unter den Lasten rasender Prozesse nicht zusammenbrechen, so ist notwendig, daß die Arbeiterschaft praktische Solidarität für ihre in den Kerker schmachtenden Klassenbrüder und -schwestern übt. Denkt daran, daß auch morgen daselbe Los treffen kann!

Einige Klassenbewusste Proletarier haben sich bereits der Roten Hilfe zur Verfügung gestellt, um aktiv an der Sammlung zur Stärkung des Verteidigungsfonds mitzuhelfen. Besonders hat sich eine Genossin der Ortsgruppe Neisse an der Sammlung des Verteidigungsfonds betätigt, indem sie allein 22 Mark gesammelt hat.

Genossen und Genossinnen, übt weiter praktische Solidarität!

## Gleiwitz

### Am Leichtsinn erschossen

Zwischen Klein-Buschwitz und Sarnau weideten einige Mädchen Kühe. Da kam der Landwirtssohn Josef Anderwald aus Sarnau heran und zeigte den Mädchen einige Teichingkugeln, worauf er aus einem Kaserfeld das Teiching hervorholte, vor den Mädchen lud und ihnen seine Schießkünste zeigte, indem er auf Finglinge schoss. Dann schoss er auch in die Richtung, wo die Mädchen waren und erschoss eine von ihnen.

## Hindenburg

### K.P.D.-Oberbürgermeister Franz gegen die Rote Hilfe

Die Ortsgruppe der Roten Hilfe stellte an den Magistrat den Antrag auf Bewilligung einer Beihilfe zur Unterstützung der Hinterbliebenen der gemordeten und der Angehörigen der hinter Zuchthausmauern schmachtenden Klassengenossen. Trotzdem die Rote Hilfe den Nachweis erbrachte, daß sich die Zahl der Unterstützten auf das Doppelte erhöht hat, lehnte der Magistrat mit der Begründung ab, daß wegen der finanziellen Verhältnisse der Stadtgemeinde Einsparungen sämtlicher Ausgaben erfolgen müsse.

Nach Ansicht des schwarzweißrotgoldenen Magistrats ist die Unterstützung der Angehörigen der in Haft sitzenden Ernährer nicht erforderlich. Diese Herren mit Tausenden Mark an Gehalt spüren nicht die Not der anderen.

Die Arbeiterschaft wird sich diesen Magistrat schon näher ansehen müssen, wenn sie in den kommenden Wirtschaftskämpfen um Unterstützungen an diesen herantreten wird. Arbeiter von Hindenburg, merkt euch diese Sorte von Menschen! Für die bürgerlichen Organisationen werden Tausende von Mark mit Zustimmung von Franz bewilligt.

## Beuthen

### Von Gesteinsmassen erschlagen

Bei einem Streikgang auf der Kartenzentrumgrube lösten sich plötzlich große Gesteinsmassen. Der Lehrhauer Franz Wodarzki aus Scharley wurde erschlagen. Seine Leiche wurde geborgen.

### Veranstaltung der Roten Hilfe

Die Ortsgruppe der Roten Hilfe veranstaltete am vergangenen Sonntag im Garten des Volkshauses ein Gartenkonzert zugunsten der Roten Hilfe. Abends 19 Uhr fand eine Saalveranstaltung statt. Während des Gartenkonzertes hielt Genosse John das Referat. Zum Schluß wurden einige Aufnahmen für die Rote Hilfe gemacht und zahlreiche Broschüren und das Tribunal abgesetzt.

## Tost

### Aus Leichtsinn zum Mörder

Beim Rüheliten zeigte der 16jährige Landwirtssohn Josef Anderwald einigen jungen Mädchen ein Teiching, das er in einem Kaserfeld verdeckt gehalten hatte. Er schoss mit der Waffe nach am Rande der Wiese liegenden Finglingen. Als die Mädchen Angst bekamen, rief er ihnen zu: „Ich werde euch mal über den Kopf schleichen!“ Er legte auch an und schoss. Blutüberströmt brach die 16jährige Pfliegerin Klara Bieganski des Zimmermanns Alois Sobotta mit einem Kopfschuss zusammen, um nach wenigen Sekunden das Leben auszuhauchen. Der Mörder zerstückte die Waffe und flüchtete nach einem in der Nähe befindlichen Teich, wo er sich wahrscheinlich das Leben nehmen wollte. Er wurde jedoch vorher festgenommen.

## Tworkau

### Arbeiter erhalten einen Wochenlohn von 6,50 Mark

Der frühere Fleischbeschauer und Mitglied der freiwilligen Sanitätskolonne macht aus seiner alten Scheune Wohnräume. Die Hilfsarbeiter, die er beschäftigt, erhalten einen Wochenlohn von 6,50 Mark. Da ein Familienvater mit Frau und Kindern nicht verhungern wollte, mußte er nach einigen Tagen die Arbeit wieder niederlegen, um solche Zustände bei dem Arbeitsgericht anhängig zu machen. Dieser sehr „sozial“ denkende Arbeitgeber, gutes Schäflein der katholischen Kirche, erhält monatlich eine Rente von 350 Mark. Mit den Geboten seiner Kirche scheint er jedoch nicht allzu sehr vertraut zu sein; die Stelle aus der Bibel, „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, hat er wohl kaum noch in Erinnerung, denn sonst würde er die armen Arbeiter nicht um ihren lärglichen Wochenlohn bringen. Wie wir ferner noch in Erfahrung brachten, beabsichtigt dieser gute Mann eine Niederlage unter dem Titel „Bauernverein“ aufzumachen. Wir nehmen an, daß er, den Löhnen nach, die er den Arbeitern zahlt, das Mehl mit „zwei“ Mark pro Zentner verkaufen wird!

## Programm zum deutsch-polnischen Grenztreffen in Beuthen

am Sonnabend, dem 26., und Sonntag, dem 27. Juli

- Sonnabend:
  - 18½ Uhr: Eröffnungsfundgebung auf dem Ring.
  - 20 Uhr: Auftreten der „Roten Stürmer“, Agitproptruppe, im Volkshaus.
- Sonntag:
  - 5 Uhr: Weiden.
  - 10 Uhr: Eintreffen der auswärtigen Teilnehmer.
  - 11½ bis 12½ Uhr: Platzkonzert auf dem Ring, ausgeführt vom Arbeiter-Schalmel-Orchester.
  - 14 Uhr: Rundgebung auf dem Marktplatz, anschließend Demonstration.
  - 19 Uhr: Auftreten der „Roten Stürmer“ im Volkshaus.

### Arbeiterinnen, Arbeiter!

Heraus zum deutsch-polnischen Grenztreffen in Beuthen. Bekundet durch Massenbeteiligung eure Kampfbundgenossenschaft mit den polnischen Arbeitsbrüder und -Schwestern; euren Kampfeswillen zur Verteidigung der Sowjetunion.

## Neisse

Etwas über Bäckermeister Diele. Hier in Neisse auf der Josephstraße wohnt ein feiner Bäckermeister namens Diele. Vor kurzem kam ein sechsjähriges Arbeiterkind und wollte für 15 Pfennig Semmeln kaufen. Da dieser Bäcker sah, daß das Kind ein fünfzigpfennigstück mit hatte, packte er diesem, um seine Ware los zu werden, ganz einfach für 50 Pfennig altbackene Semmeln ein. Für einen Arbeiter ist ja alles gut. Der Vater des Kindes forderte nun den Bäcker auf, für 30 Pfennig Semmeln zurückzunehmen, worauf dieser ihm antwortete: „Ich kann die Semmeln nicht mehr zurücknehmen.“ Damit behielt er seine Semmeln und das fünfzigpfennigstück des Arbeiterkindes. Arbeiter von Neisse, seht euch solche Geschäftskente besser an und tätigt eure Einkäufe nur bei solchen Leuten, die auch für einen Arbeiter etwas übrig haben.

## Oppeln

### Die Polizei ist dort, wo man sie nicht braucht

Am letzten Sonntag fand in Oppeln das sogenannte Ablassfest statt. Wie sieht ein solcher Ablass doch im Verhältnis zu früher aus. Immer mehr kommt auch die Landbevölkerung zur Einsicht, daß diese Feste nur ein Geschäft für die Kirche sind; die Prozessionen werden immer weniger und kleiner. Einige alte Fanatiker, alte Männer und Frauen sowie ein paar Kinder sieht man noch hinter der Musik herortreten. Die reifere Jugend macht diesen Klamauk nicht mehr mit, weiß sie doch, daß ihr auch diese Prozessionen nebst ihrem Pfaffen und Vorsänger keine Arbeit und kein Brot verschaffen. Aber auch unsere Schupfsten hatten alle Hände voll Arbeit. Es hatten doch ein paar Händler ihre Stände aufgeschlagen und da hieß es gut ausspäßen, daß diese nicht etwa eine Minute vor 11 Uhr etwas verlaufen, da dies doch gegen das Gesetz verstößt. Es war daher auch kein Wunder, daß manche gefährdete Strakenede ohne Verkehrsposten war. Auch an der gefährlichen Ecke Löwenapotheke stieß ein Motorradfahrer mit einem Auto zusammen, weil die Polizei anscheinend nicht ausreichte, um einen Posten dort hinzustellen, dafür waren um so mehr am Sebastianplatz bei den Verkaufständen zu sehen. Obwohl die kleinen Händler am Hungerluche nagen, hat man es auf sie besonders abgesehen und sie schon manchmal mit Strafmandaten bedacht, wenn sie es wagten, hinter dem Rücken der Polizei etwas zu verkaufen.

### Auch ein Kommunistenfresser

Klempnermeister Alfred Raabe mit seinem treudeutschen Herzen kann die Arbeiterschaft nicht leiden. Dies zum Ausdruck zu bringen hat er nicht immer Gelegenheit. Da am Mittwoch die Nazis eine öffentliche Versammlung hatten, dachte Raabe, wenn er in diese Versammlung geht, das Veräumdete nachzuholen. Als die Faschisten frech werden wollten, dachte Raabe, jetzt ist der Moment da, wo er sich austoben kann. Er fing an, auf die Arbeiterschaft wie ein Rohrspitz zu schimpfen. Die Kommunisten sind alle Lumpengestapel usw. Als er aber sehen mußte, daß die Arbeiterschaft mit sich nicht ipaken läßt, zog er es vor, seine Gutmähe zu halten. Die Arbeiterschaft wird sein Verhalten nicht vergessen und ihm bei gegebener Zeit den Lohn dafür geben.

### An alle Parteimitglieder und Sympathisierenden

Die letzten politischen Ereignisse, insbesondere die bevorstehenden Reichstagswahlen, machen eine

#### Generalversammlung

der Gesamtpartei am Sonnabend, dem 26. Juli, 19.30 Uhr, im alten Schützenhaus, notwendig. Besonders die Jugendlichen und die Frauen sind dazu eingeladen. Sympathisierende sind mitzubringen. Die Ortsgruppenleitung.

### Verlegung des Standesamtes und des Garten- und Friedhofsamtes

Die Geschäftsräume des Standesamtes sind vom 7. Juli 1930 ab aus dem Rathaus nach dem Grundstück Turmstraße 5 verlegt worden. Gleichzeitig ist nach Turmstraße 5 verlegt worden das Garten- und Friedhofsamt.

## Ost-Oberschlesien

### 34 000 Erwerbslose in Ost-Oberschlesien

Kattowitz. In der Volkswirtschaft Schlesiens zählt man gegenwärtig nach einer Mitteilung des Statistischen Amtes immer noch 34 073 Arbeitslose. Ueber die Hälfte sind qualifizierte Arbeiter.

**Arbeitsamt**  
 sind geeignet  
 Stellung  
 TEUSCHER

# Rationalisierung

ist eines der vielen Schlagworte, die oft mißbraucht werden. Aus wirtschaftlich schlechten Zeiten hat man das Gefühl behalten, es sei in erster Linie Einschränken, Abbau, Entlassungen.

Die Bulgaria-Zigarettenfabrik hat ihren Betrieb von Anbeginn rationalisiert und die Zahl der Arbeiter stieg immer mehr. Rationalisierung heißt: mit modernsten, einfachsten Mitteln die vollendetste Ware zu erzielen und so dem Hersteller und dem Verbraucher Gewinn zu bringen.

# BULGARIA - STERN

die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette.

**4**  
**BULGARIA**  
  
**STERN**

# Rund um den Erdball

Auf allen Imperialistischen Exerzierplätzen täglich „Morde zur Uebung“

## Durch Handgranaten getötet

Drei Todesopfer, zwei Schwerverletzte — Heraus am 1. August zum Antikriegstag!

Brüssel, 22. Juli. (Via. Meldung.) Bei militärischen Uebungen einer belgischen Infanterieabteilung im Lager von Heverlo ereignete sich am Sonnabend beim Handgranatentwerfen ein folgenschweres Unglück. Als ein Soldat eine Handgranate abwarf, explodierte sie sofort in seinen Händen, wodurch der Soldat und zwei neben ihm stehende Offiziere, ein Hauptmann und ein Leutnant, auf der Stelle getötet wurden. Zwei weitere Soldaten erlitten schwere Verletzungen. Es wurde sofort eine Untersuchung eingeleitet, die festzustellen hat, ob der Soldat die Handgranate zu spät geworfen hat oder ob die Konstruktion fehlerhaft gewesen ist.

Zweifellos wird die Untersuchung, wie immer in solchen Fällen, ergeben, daß natürlich der einfache Prolet im Waffenrock die ganze Schuld an dem Unglück trägt. Dabei wird es gar keine Rolle spielen, daß sich

kurze Zeit vorher im selben Lager ein ähnliches Unglück ereignete, bei dem 1 Offizier und 1 Soldat schwer verletzt wurden.

Die Militaristen aller Länder werden sich mit einigen billigen Krokodilstränen über solche und ähnliche Unglücksfälle hinwegsetzen. Sie sind ganz damit einverstanden, daß der Militarismus, um sich im Morden zu üben, auch im „Freiwerden“ seine Opfer zu fordern hat. Auf allen Uebungsplätzen und Kasernenhöfen, auf den Schießständen, Kriegsschiffen und Flugplätzen, wo die fieberhaften Rüstungen der Imperialisten praktisch erprobt werden, fallen immer wieder, Tag für Tag, Menschen dem blödsinnigen Militarismus zum Opfer. Und erst wenn die Arbeiterklasse diesen ganzen blutbesudelten System der imperialistischen Kriegsrüstungen durch Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende bereitet, wird mit diesem „Morden zur Uebung“ Schluß gemacht werden.

Daher ist es Pflicht jedes Klassenbewußten Arbeiters, am 1. August in wuchtigen Antikriegsdemonstrationen unter dem Banner der kommunistischen Partei aufzumarschieren und sich einzureihen in die rote Front für die Verteidigung der Sowjetunion.

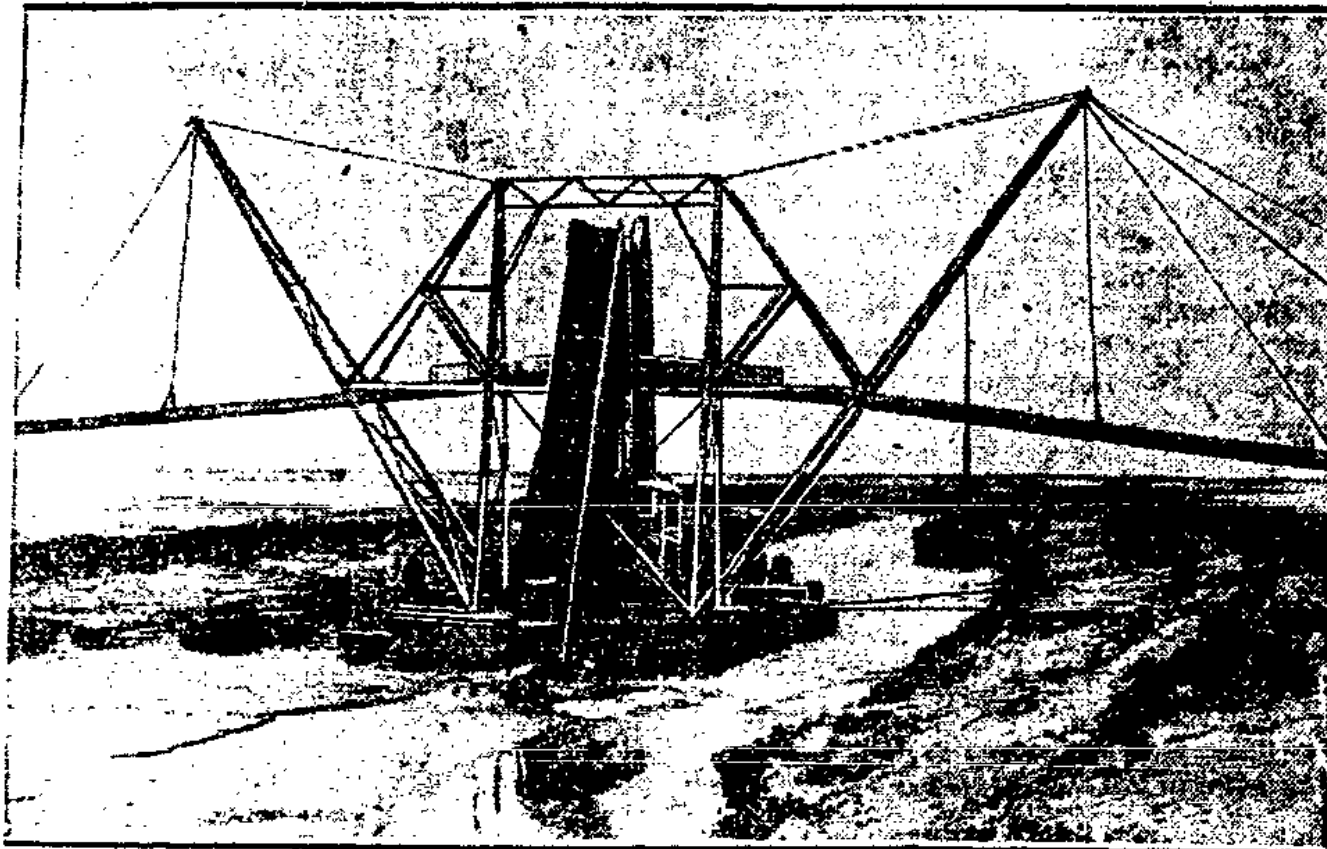
## Deutsche Architekten für Sowjetrußland



Der Leiter des städtischen Hochbauamtes in Frankfurt am Main, Stadtrat May, hat den Ruf der Sowjet-Regierung angenommen, als Organisator und technischer Leiter in den Dienst des Arbeiter- und Bauernstaates zu treten. Er wird seine neue Tätigkeit mit einem Stabe von 20 deutschen Architekten bereits am 1. Oktober aufnehmen.

## Trockenlegung des Zundersees

Die Trockenlegung des Zundersees schreitet rüstig vorwärts. Ein Gebiet von 20 000 Hektar ist bereits soweit fortgeschritten, daß der Boden teilweise freigelegt ist. Zur Zeit sind riesige Bagger dabei, Kanäle für das abfließende Wasser auszuheben. Unser Bild zeigt einen der riesigen Bagger bei der Arbeit.



## Mörderische Hitze in Amerika

Bereits über hundert Tote

New York, 22. Juli. Nach Chicagoer Meldungen wurden im ganzen Lande Höchsttemperaturen gemessen, die auch die Zahl der Todesopfer auf ein Höchstmaß anwachsen ließen. Die letzten Berichte besagen, daß infolge der großen Hitze über 100 Tote zu beklagen sind, und zwar in Columbus 21, in Ohio 19, in Chicago Detroit, St. Louis je 13, in Indianapolis 8, in Pittsburg 6, in New York 5 und in Boston 2. Im Columbus liegt das Thermometer auf 44,5 Grad Celsius, in Toledo auf 41,5, in Washington auf 41 und in New York auf 37,5 Grad. In New York wurden wegen der unerträglichen Hitze zum ersten Male seit vielen Jahren sämtliche Anlagen für die Nacht zum Schlafen freigegeben. Tausende übernachteten daher im Freien.

## Folgeschwere Hochzeitsfeier

Fünfzehn Personen vergiftet

Hamburg, 22. Juli. In Burgstede ist eine ganze Hochzeitsgesellschaft unter schweren Vergiftungsercheinungen erkrankt. Ein 80-jähriger Mann ist bereits gestorben. 15 Personen, die an einem Festessen teilgenommen haben, liegen mit mehr oder weniger schweren Vergiftungsercheinungen im Krankenhaus. Man vermutet, daß noch einige der Erkrankten das Schicksal des Greises teilen werden.

## Von einer Lawine verschüttet

Neun Todesopfer, zehn Schwerverletzte

New York, 22. Juli. Nach einer Meldung aus Santiago de Chile wurde in den Cordilleren eine Gruppe von Ausflüglern von einer Lawine verschüttet. Dabei fanden neun Personen den Tod, zehn wurden schwer verletzt.

## Water und Sohn ums Leben gekommen

Auf der Landstraße zwischen Wiesbaden und Frankfurt ereignete sich am Sonntag ein schwerer Autounfall. Ein Frankfurter Motorradfahrer, der seinen Sohn auf dem Sozius mit sich führte, geriet mit seiner Maschine ins Schleudern und rannte dabei mit einem Personenauto zusammen. Während der Sohn auf der Stelle getötet wurde, verstarb der Vater kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

## Lähmungsseuche greift auf französische Armee über

Die Lähmungsseuche im Elsass, durch die bereits Hunderte von Soldaten betroffen wurden, hat nunmehr auf die französische Garnison in Haguenau übergegriffen und bereits unter den Soldaten des 12. Artillerieregiments ein Todesopfer gefordert. Viele Soldaten erkrankten unter den bekannten Anzeichen dieser Seuche.

## Ein Kind in Bierjuppe verbrüht

Ein tragischer Unfall ereignete sich im Dorfe Kamehl bei Wismar. Eine Schweizerfrau hatte Bierjuppe gekocht und den großen Topf auf den Fußboden der Küche gestellt. In einem unbewachten Augenblick fiel das in der Küche spielende zweijährige Töchterchen in die siedendheiße Suppe. Es verbrühte sich und erlag später im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen.

## Riesige Regenfälle in England

Im mittleren und östlichen England hat es am Sonntag und fast am ganzen Montag ununterbrochen 30 Stunden lang geregnet. Die Felder gleichen in vielen Grafschaften großen Seen. Die Ernte ist stellenweise vollkommen vernichtet.

## Schweres Automobilunglück

Zwischen Landau und Pirmasens ereignete sich in der vergangenen Nacht ein schweres Automobilunglück, bei dem ein Insasse getötet und ein zweiter schwer verletzt wurde.

## Bestialische Bluttat eines ehemaligen Klosterschülers

Mehgerlehrling schneidet seiner Arbeitskollegin die Kehle durch

Essen, 22. Juli. Eine entsetzliche Bluttat ereignete sich vor einigen Tagen im Arbeitsraum einer Mehgerlei in dem westfälischen Städtchen Vorbeck. Der Mehgerlehrling Fritz Meuser, ein ehemaliger katholischer Klosterschüler, der eigentlich Vater werden wollte, hat eine Arbeitskollegin wegen harmloser Neckereien blödsinnig angefallen und auf eine geradezu unvorstellbar bestialische Weise ermordet.

Dieser Mehgerlehrling mit der frommen katholischen Erziehung war bei seinen Arbeitskollegen wegen seines unsolidarischen Benehmens sehr verhaßt. Reibereien waren in dieser kleinen Fleischfabrik daher an der Tagesordnung.

Die unnatürliche Klostererziehung hat aus dem jungen Menschen einen religiösen Fanatiker gemacht, der sich durch den frommen Ansinn, den er bei jeder Gelegenheit an den Mann zu bringen trachtete, stets lächerlich machte.

Naturgemäß wurde er dadurch das Opfer verschiedener Hänseleien. Statt aber mit „christlicher Duldsamkeit“ die harmlosen Späße über sich ergehen zu lassen, reagierte er darauf mit hemmungslosen Wutausbrüchen. Nebenbei spielte er im Hause seines Chefs der jetzt ermordeten Angestellten gegenüber gern den „Heldvertretenden Chef“.

Am letzten Freitag hatte er wieder einmal, wie schon oft, mit der Angestellten eine kleine Auseinandersetzung. Er warf dem Mädchen Unordentlichkeit vor, was diese nicht unwidersprochen ließ, und ihm ordentlich die Meinung sagte. Am Nachmittag steckte er dann ein feststehendes Messer zu sich und drang damit in die Wäsche, in der das ahnungslose Mädchen, das den Vorfall schon längst vergessen hatte, gerade arbeitete.

Ohne sich mit Erklärungen aufzuhalten, fiel er dort die Angestellte von hinten an, griff mit dem linken Arm um ihren Kopf und brachte ihr einen Stich in den Mund und einen in das Kinn bei. Da diese beiden, mit großer Gewalt geführten Stiche durch den Widerstand der Kieferknochen nicht die gewünschte tödliche Wirkung hatten,

schneidete Meuser ihr mit zwei weiteren, in der ganzen Breite geführten Schnitten den Hals glatt durch.

Doch nicht genug mit dieser Bestialität, wollte er der inzwischen lautlos auf den Boden Gestürzten mit einem Hammer den Kopf einschlagen, doch habe er, wie er später bei der polizeilichen Vernehmung erklärte, die Angestellte nicht mehr anfassen wollen, weil er in ihre gebrochenen Augen geblickt habe.

Der jugendliche Mörder bekennt sich in vollem Umfange zu seiner bestialischen Bluttat. Die Getötete war erst zwei Wochen verheiratet. Bei der Untersuchung seines Zimmers fand man bei Meuser

viele religiöse Gedichte und Briefe, in denen u. a. viel von Liebe die Rede war.

Man vermutet, daß die tiefere Ursache der Bluttat Eifersuchtsmotive waren. Meuser, der erst vor einigen Tagen dem Abt des Klosters, von dem er erzogen wurde, geschrieben hat, daß er ins Kloster zurückkehren wolle, ist in die Unterjochungshaft eingeliefert worden.

## Immer neue Raketenexperimente



Der bekannte Raketenforscher Professor Oberth hat interessante Versuche aufgenommen, die der Erprobung eines aus flüssigem Sauerstoff und Benzin bestehenden Treibstoffes dienen sollen. Nach anfänglichen vergeblichen Bemühungen schoß schließlich eine gewaltige Stichflamme empor, während ein Meßapparat gleichzeitig anzeigte, daß durch die Explosion ein Druck von 10 Kilogramm erzeugt worden war. Unser Bild zeigt den Raketenforscher bei seinen gefährlichen Experimenten.

Husemanns Angst vor der Opposition

Ortsverwaltungswahlen sollen nur alle zwei, und Betriebsratwahlen alle drei Jahre stattfinden — Zweiter Verhandlungstag des Bergarbeiter-Verbandstages

Am zweiten Verhandlungstage wurde zuerst die Diskussion über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Dana hielt Husemann sein Schlusswort, indem er sich mit den Kommunisten und den Ausführungen des Genossen Weidner vom Tage vorher beschäftigte. Seine ganze But schütete er über die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und den Genossen Weidner aus.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurden alle auch nur oppositionell aussehenden Anträge abgelehnt und dem Vorstand gegen die Stimmen der Opposition Entlastung erteilt. Um auch eine Geste gegenüber den 151 Opfern der Hausdorfer Grubenkatastrophe zu machen, wurde folgender Antrag angenommen:

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, Untersuchungen anstellen zu lassen, ob die Einatmung von Kohlenäuren bei Kohlenäureausbrüchen im Bergbau schädlich für die Bergarbeiter ist, ob Herzkrankheiten, Nerven usw. darauf zurückzuführen sind. Sollte das Ergebnis der Untersuchung im bejahenden Sinne ausfallen, so ist dafür zu sorgen, daß diese Krankheiten als entschuldigend bei Unfallversicherung unterstellt werden.

Also der Vorstand soll Untersuchungen anstellen, ob die Einatmung von Kohlenäuren schädlich für die Gesundheit der Bergarbeiter ist oder nicht. Angehts der 151 Todesopfer von Hausdorf und der 49 noch im Krankenhaus liegenden Bergarbeiter ist dieser Antrag eine Kommodifizierung.

Julius Rosemann wollte auch so ein wenig wieder den Linken mitmen, deshalb brachte er einen Antrag ein, indem die Gleichstellung der Bergarbeiterlöhne mit den Gehältern der Volksschullehrer, Lokomotivführer und anderer in gleicher Gehaltsstufe stehender Staatsbeamter verlangt wird. Zum Schluß heißt es dann wörtlich in dem Antrag Rosemann:

Die Delegierten fordern darum von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei (der sie fast restlos angehören), dafür einzutreten und sich dafür einzusetzen, daß das in Deutschland vorhandene Volkseinkommen gerechter als bisher verteilt wird. Das ist nur möglich, daß diejenigen, die heute einen großen Teil dieses Einkommens für sich beanspruchen, weniger als bisher erhalten und das so freigeordnete denen gegeben wird, die bei der bisherigen Verteilung zu kurz gekommen sind.

Nach längerem Zureden zog Rosemann seinen Antrag zurück, so daß der Verbandstag die „gerechte Verteilung“ des Volkseinkommens nicht beschließen konnte.

Am Schluß unseres gestrigen Berichtes teilten wir mit, daß die Mandatsprüfungskommission beantragt hatte, dem Genossen Weidner das Mandat abzuerkennen, daß das aber nicht sofort geschehen ist, weil der Vorstand zu dieser Angelegenheit nochmals Stellung nehmen wollte. In der heutigen Sitzung teilte der Vorstand nun mit, daß der Genosse Weidner sein Mandat behalten müsse, die Gründe zur Aberkennung des Mandats reichten nicht aus.

Was waren nun die Gründe? Genosse Weidner war auf der Generalversammlung von 1928 in Magdeburg. Dazu hatte er neun Tage Urlaub von der Zeche. Auf dem Verbandstage wurde an jeden Delegierten ein Arbeitsausfall von 8,60 Mark gezahlt, natürlich auch

an den Genossen Weidner. Genosse Weidner hatte aber vier Tage von diesen neun als Tarifurlaub von der Zeche bezahlt erhalten. Dies hatte der Bezirksleiter Weidner-Zeig erfahren und die Rückzahlung der vier Tage des auf der Generalversammlung gezahlten Arbeitsverdienstausfalls verlangt. Genosse Weidner war bereit, die vier Tage zurückzahlen, wenn auch die anderen auf dem Verbandstag anwesenden Delegierten, die während dieser Zeit Tarifurlaub hatten, ebenfalls ihren auf der Generalversammlung erhaltenen Arbeitsverdienstausfall zurückzahlen. Deshalb sollte ihm das Mandat aberkannt werden. Daß das nicht geschehen ist, ist ein Beweis, daß Genosse Weidner recht hat und daß der Vorstand weiß, daß nicht nur Genosse Weidner, sondern auch eine große Anzahl der Delegierten ihren Tarifurlaub für den Verbandstag benutzt haben. Der Vorstoß gegen den Genossen Weidner ist also gescheitert.

Er war ohne Zweifel nur geführt, um der Opposition und besonders dem Genossen Weidner eins auszumischen.

In der Nachmittagsitzung wurden die Änderungsanträge zum Statut beraten. Rosemann vom Hauptvorstand begründete alle

Die „dritte Generation“ marschiert auf

Glänzende Abschiedskundgebung für die „Stot“-Teilnehmer

Die Abschiedskundgebung der Jungpioniere, die zum zweiten Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder nach Berlin fahren, gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung. Der „Vergleiser“ war bis auf den letzten Platz besetzt. Genosse Weidner vom kommunistischen Jugendverband Deutschland eröffnete die Kundgebung, wies auf die Bedeutung des zweiten Welttreffens hin, und forderte die anwesenden Eltern auf, ihre Kinder in dem Jungpartaustand zu organisieren. Aus dem reichhaltigen Programm sind besonders hervorzuheben die Darbietungen des Mundharmonika- und Theatervereins „Freiheit“, Stürmischen Weisfall ernteten unsere Jungpioniere mit ihrem Sprechchor zum „Stot“. Immer wieder mußten unsere Kleinen vor die Kampe treten, und trotzig sang ihr „Seid bereit, immer bereit!“

Genosse Kobens als Vertreter der Partei wies in seiner Ansprache darauf hin, welche Bedeutung die Bourgeoisie in Deutschland dem Aufmarsch der „dritten Generation“ beimißt. Der Aufmarsch der Arbeiter- und Bauernkinder der ganzen Welt am 23. bis 27. Juli in Berlin ist

ein Auftakt der Antikriegspropaganda zum 1. und 3. August, der Finanzdikatur des Artikels 48, die Auflösung des Reichstages stellt die Arbeiterschaft in Deutschland vor gewaltige Aufgaben. Die kommunistische Partei tritt in diesem Wahlkampf als Angreifer auf. Sie führt nicht den Kampf um Mandate, sondern ihre Wahlarbeit ist in erster Linie gerichtet auf die Auslösung großer Massenbewegungen, Wirtschaftskämpfe. Es heißt nun, alle Kräfte zusammen-

die Anträge, die eine weitere Beschneidung der Mitgliederrechte zur Folge haben. Ein Antrag, die Ortsverwaltungswahlen nur alle zwei Jahre vorzunehmen, wurde damit begründet, daß man der Opposition die Wahlmöglichkeiten bei den Ortsverwaltungswahlen nehmen müsse. Ein weiterer Antrag wurde angenommen, der den Vorstand beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Betriebsratwahlen nur alle drei Jahre stattfinden. Die letzten Betriebsratwahlen im Ruhrgebiet, Oberschlesien und dem Wurmgebiet und auch in den übrigen Bergrevieren haben den Husemannern viel Kopfschmerzen gemacht. Deshalb soll alle Kraft daran gesetzt werden, um zu verhindern, daß die Betriebsratwahlen jährlich stattfinden.

Ein Mansfelder Delegierter beantragte, die Höhe der Streikunterstützung zu erhöhen, da der Mansfelder Streik gezeigt hat, daß die Streikunterstützung zu niedrig sei. Aus diesem Grunde seien viele Verbandsmittglieder zu der Höhe der JM. gelaufen, um von dort unterstützt zu werden. Dieser Delegierte, Kaufmann-Fischen, behauptete, daß die Suppen der JM. mit kommunistischem Gift durchsetzt wären; das führe dazu, daß die Arbeiter des Vertrauens zum Verband verlieren und vom „kommunistischen Gift“ angesteckt werden. Husemann und Bittner wandten sich aber scharf gegen die Erhöhung der Streikunterstützung. Bittner erklärte, daß die Klassenverhältnisse immer schwieriger wären, und daß daher an eine Erhöhung der Unterstützungssätze nicht zu denken sei. Alle dahingehenden Anträge wurden abgelehnt.

zusammen und einzusetzen, um die Arbeiter zu mobilisieren zum Kampf gegen den Artikel 48, gegen den Hungerlohn der Regierung, gegen die Ausbeuteroffensive, für Lohnerrhöhung, für den Schutz der Sowjetunion, für ein Sowjetdeutschland.

Jubelnd begrüßt wurde die Szene der Jungpioniere zur Vorbereitung zum zweiten Stot. Einstimmig war das Urteil aller Erwachsenden: „Die Kleinen machen ihre Sache wirklich gut.“ Als Vertreterin des Jungpartaustandes sprach die großfährige Genossin Hertka. Mit scharfen Worten geißelte sie das Verhalten des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten aus Halle, der aus angeblich „hygienischen“ Gründe den „Stot“ in Halle verbot.

Während alle Kindergruppen der Karitasverbände, christlicher Jungfrauen und Junglingsvereine, des „Deutschtums im Ausland“ und der „Deutschen Turnerschaft“ große Kundgebungen abhalten, will man den Arbeiterkindern wehren, gegen Hunger und Elend auszumarschieren.

Die Sozialfaschisten, die die Kindererziehungen ablehnen und dafür Panzerkreuzer bauen, wollen uns Arbeiterkinder auch noch geistig niederknüppeln. Dagegen gilt es zu kämpfen in den Schulen, auf den Spielplätzen. Es gilt, die Arbeiterkinder zu mobilisieren, gemeinsam mit den Erwachsenen zu kämpfen für die Befreiung des Elends, für den Sozialismus.

Alles in allem war die Kundgebung ein voller Erfolg für Jungpartaustand; mehrere Kinder traten sofort in den JSB. als Mitglieder ein.

Magistrat und Kleingärtner?

Anlösung der Kleingärten an der Leebedorftrift

Von den Kleingärtnervereinen „Zur Lohe“, „Zepelin“ und „Eintracht“ wird uns geschrieben:

Im Jahre 1921 bezogen eine große Anzahl von Kleingärtnern, betrieben von anderer Scholle, das Gelände an der Leebedorftrift. Der Verein „Zur Lohe“ siedelte im Jahre 1925 dort an. Hierzu ist zu bemerken, daß ein Teil der Kleingärtner durch Rücken von alten Gelände bzw. durch Anlegen der Promenade in dieser Zeit dreimal geräumt hat. Mehrere hundert Kubikmeter Queden, Steine usw. sind ausgegraben worden, und so ist es den Kleingärtnern nach fast einem Jahrzehnt gelungen, ein einigermaßen brauchbares Kleingärtnergelände zu schaffen.

Im Laufe der Jahre sind von den fast 300 Kleingärtnern große Werte geschaffen worden. Es wurden gepflanzt: 3790 Stück Obstbäume, 9515 Beerensträucher, 3605 Rosenbüsche; ferner stehen in den Gärten 12.500 winterharte Stauden, 255 Lauben wurden gebaut, 68 Brunnen, 2700 Meter Wasserleitung und drei Vereinshäuser wurden neben innerer und äußerer Einfriedigung geschaffen. Es repräsentiert das alles einen materiellen Wert von etwa 150.000 Mark. Die Gelände sind vollständig ohne jede andere finanzielle Hilfe aus eigenen Mitteln

und unter mancherlei Entbehrungen von den zu 90 Prozent minderbemittelten Schrebergärtnern hergerichtet worden.

Etwa 25 Prozent der Kleingärtner sind arbeitslos. Sie versuchen, ihre schwere wirtschaftliche Lage durch intensive Bewirtschaftung ihrer Gärten etwas zu erleichtern. Viele der Kleingärtner sind Jungen, Herz- und nerventant. Derselben müssen, da es ihnen aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, Luftkurorte, Heilquellen usw. zu ihrer Genesung auszusuchen, in ihrem Schrebergarten Wiederherstellung von ihrer Krankheit suchen.

Jetzt erfahren wir, daß der Magistrat das Gelände zu Bauen zu verkaufen will bzw. schon in Verkaufsverhandlungen steht. Wir fragen daher den Magistrat: „Ist der Magistrat willens, eine derartige Anlage, die einen so hohen Wert besitzt, mit einem Schläge zu vernichten und die Kleingärtner von ihrer Scholle zu vertreiben?“

Denn es muß erwähnt werden, daß infolge der heutigen Wirtschaftslage eine nochmalige Umsiedlung und Neuanlage aus finanziellen Gründen den meisten Kleingärtnern nicht mehr möglich sein dürfte. Es gibt u. U. noch viel Gelände, welches vollkommen brauchbar liegt. Warum wird dieses nicht zu Bauzwecken verwendet?

Schießen können sie — aber sich auszuweisen, daran denken sie nicht

Entgegen der polizeilichen Darstellung von den Vorfällen in der Matthiasstraße, über die wir unter der Überschrift „Schießlustige Polizei“ berichtet, wird uns von beteiligter Seite ein ganz anderer Bericht gegeben, dem wir folgendes entnehmen:

„Der Hauswirt Paul Fischer, Matthiasstraße 122, als gewalttätiger Mensch nicht nur bei seinen Angehörigen, seiner Mieterschaft, sondern auch in der Umgebung als solcher bekannt, schikaniert die Mieter seit einer Reihe von Jahren in der ungläubigsten Weise. Am Dienstag, dem 15. und Mittwoch, dem 16. d. Mts. war meine Frau wiederholt bei demselben betr. Ausbändigung des Wochenschlüssels vorstellig geworden, jedoch ohne Erfolg, da S. sich nicht sprechen ließ. Am Mittwoch von meiner Arbeitsstelle heimkehrend, wollte ich in dieser Angelegenheit mit dem Hauswirt Rücksprache halten. Dadurch, daß sich S. in seiner Wohnung bemerkbar machte, ohne mich vorzulassen, bzw. mit mir zu verhandeln, geriet ich in eine Erregung, die mich veranlaßte, mehrere Male an seiner Wohnungstür zu klopfen, und das dies wieder erfolglos war, mit dem Fuß an die Polstertür des Tür zu schlagen.

Inzwischen kam mein auf Besuch weilender Bruder von meiner Wohnung die Treppe herunter, um mich zu beruhigen und wollte mich, sowie einen kurz vorher dazukommenden Arbeitskollegen nach meiner Wohnung dirigieren. Durch unberechtigte Hilferufe des Hauswirts veranlaßt, kam von der Straße ein Polizeibeamter in Zivil die halbe Treppe herauf, der die Situation, dadurch, daß mein Bruder mich am Arme nahm und mich wegzuziehen versuchte, anscheinend veranlaßt. Derselbe rief uns zu: „Was das für ein Krach hier wäre, und er würde gleich nachkommen.“ Da ich nun feststellte, daß diese Person kein Mitbewohner unseres Hauses ist und er sich als Polizeibeamter keinesfalls ausgewiesen hat, ging mein Bruder, der ein halbes Stückerl höher stand, auf denselben zu, um ihn des Hauses zu verweisen. In demselben Moment

gab der Polizeibeamte (seine Tätigkeit als solcher wurde erst auf der Revierwache festgestellt) einen scharfen Schuß ab, der glücklicherweise keine Wirkung verfehlte. Daß wir Anwesenden nach diesem Vorgange in eine noch größere Erregung gerieten, dürfte wohl jedem verständlich sein. Wir stürzten uns auf den Schießhelden, um ihm die Waffe zu entreißen und für seine Tat zu maßregeln. Da der Beamte erneut zu schießen versuchte, durch übereilte Handhabung seiner Waffe eine Ladehemmung hatte, schlug er meinen Bruder mit der verjagten Waffe auf den Kopf und verletzte ihn erheblich, so daß der Verletzte die Hilfe der Unfallwache in Anspruch nehmen mußte.“

Wir verlangen Nachprüfung dieser Vorgänge. Es geht keinesfalls weiter, daß die Übergriffe gewisser Polizeibeamter (die wir bei politischen Anlässen schon oft angeprangert haben) immer wieder versucht werden, selbst in solchen Fällen, wo die Schuld des Beamten so offensichtlich ist, wie in dem vorliegenden. Arbeiterleben in Gefahr zu bringen scheint bestimmten Polizeibeamten ein beliebiger Sport zu werden.

Büdo Luxus das altbewährte

Der Schlachthof im Juni. Im Monat Juni wurden im Schlachthofe geschlachtet und unterzucht: 172 Ochsen, 1376 Bullen, 782 Kühe, 402 Jungkühe, 4941 Rinder, 11 955 Schweine, 2478 Schafe, 27 Ziegen, 7 Hunde, 109 Pferde. Als untauglich zur menschlichen Nahrung wurden der Tierkörperverwertungsanlage überwiesen: 16 Rinder, 7 Kühe, 22 Schweine, 3 Schafe und zahlreich Organe und Organteile.

? ifa 10. august ifa ?

Generalappell der Kommunisten und Jungkommunisten von Groß-Breslau

Alle Parteigenossen und Jugendgenossen kommen restlos am Montag, 20 Uhr, in den „Vergleiser“, Kleischlaustraße, zum Generalappell der Ortsgruppe Groß-Breslau. Mitgliedsbuch als Ausweis mitbringen. Alle Mitglieder der besrenzten Organisationen haben gegen Mitgliedsausweis Zutritt.

Referenten zum 1. August

müssen bis zum 26. Juli bei der Bezirksleitung angelordert sein. Spätere Anforderungen können nicht berücksichtigt werden. Die Ortsgruppenleitungen mögen das beachten.

Öffentliche Parteimitglieder-versammlung in Scheitnig

Donnerstag, 20 Uhr, findet auf der Uferstraße, im Lokal Danke, eine öffentliche Stadtteilversammlung statt. Arbeiter, Arbeiterinnen, Zeitungsjeder und Sympathisierende, erscheint in Massen und hört, was auch die Kommunisten zu sagen haben! Landtagsabgeordneter Genosse Wolleber spricht.

Ferien bedeuten für andere verhärtete „Arbeit“. In der Zeit vom 5. bis zu 20. Juli wurde ein Einbruch in eine Wohnung in der Matthiasstraße, deren Inhaber eine Ferienreise unternommen hatten, verübt, und dabei Bekleidungsstücke, Schuhe, sachwissenschaftliche Papiere vom Werteskonkret und eine Uhr gestohlen. Der Gesamtwert beträgt 360 Mark. — In den späten Nachmittagsstunden des Montag, wurde ein Wohnungseinbruch in der Kaiserstraße verübt. 787 Mark bares Geld, Damenuhren und eine Herrenuhr fielen den Dieben in die Hände. Ein Korb mit Wäsche, den sie sich gepackt hatten, liegen sie wieder stehen.

Doppeltes Red. Ein wohnungsloser Kaufmann, der einen „Schmetterling“, d. h. einen bereits benutzten Straßenbahnfahrerschein von der Straße aufhob und nachmals benutzen wollte, wurde dabei ertwischt. Als er bei der Polizei seine Personalkarte angab, stellte es sich heraus, daß er von der Staatsanwaltschaft schon längere Zeit wegen Betruges gesucht wird.

Vermißt wird seit 15. Juli der 16jährige Baderlehrling Erwin Schänke, zuletzt Gellhornstraße 22 bei Kapuste wohnhaft gewesen. Der Vermißte ist 1,57 Meter groß, schmächtig, hellblond.

Zur natürlichen Bräunung der Haut fette man vor und nach der Befronnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzliche Rötung eine gelbe sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Mk., Leodor-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Seamtortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Oberschlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberschlesien Georg Fendros, G. G. G. für Inhaber: Karl Wanders, Breslau.

# Waldenburger Bergland

## Lohnabbau in der Porzellan-Industrie?

Die Industriemagnaten der Porzellan- und Steingutindustrie haben den erst vor kurzem abgeschlossenen Reichsmantelvertrag zum 30. September gekündigt. Gleichzeitig erfolgte auch die Kündigung des Reichslohntabellens. Das Ziel der Unternehmer ist — ähnlich wie in den anderen Industrien — Abbau der Löhne, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfraktionen werden keinesfalls verstanden, einen erfolgreichen Abwehrkampf zu organisieren. Gemacht werden sie Theater machen, werden vor die Arbeiter und Arbeiterinnen mit vielen radikalen Phrasen treten, werden jammern. In diesem Theater sind sie schon aus Rücksicht auf die bevorstehende Reichstagswahl verpflichtet.

Die Arbeiter sind auf sich selbst angewiesen. Sie müssen sofort in allen Betrieben zusammentreten und Stellung zu den Plänen der Unternehmer nehmen.

Allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung durch Steuern und Zölle, Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Mieterhöhung — und obenbrein noch Lohnabbau? Nein, so darf es nicht gehen! Lohnerrhöhung muß das Ziel sein. Um dieses Ziel zu verwirklichen, gilt es ab sofort unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition mobilisieren und rüsten zum Abwehrkampf, zum Anglistkamp!

### Schweidnitz

#### Freitag, den 25. Juli Kreis-Erwerbslosentag

Sammelpunkt 13 Uhr „Stadt Breslau“.

Grüßungen werden kostenlos bereitgestellt.

Ordnung stellt der Erwerbslosenausschuß von Schweidnitz.

Alle Nachrichten bis Mittwoch, den 23. Juli, an Erich Scheer, Schweidnitz, Bögenstr. 7.

Zum Wiesener Grenzstreifen fahren wir mit gutem Lastauto. Fahrkarten zum Preise von 2 Mark sind bei allen Zellentastern zu haben. Jeder Genosse sorgt dafür, einen Sympathisierenden als Teilnehmer zu gewinnen.

Ortsleitung der SPD.

### Streiflichter aus dem schlesischen Potsdam

Edel sei der Mensch — hilfreich und gut, dachte auch der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete Paul Laffowitz, indem er als Spende für die Neuröder Grubenunglückshinterbliebenen 3 Mark (in Worten dreihundert Reichspfennige) spendierte. Eine noble Sache, dabei bezieht er außer seinen Vätern noch ständig das hohe Gehalt als Schulrektor. Kampfbahn beschwichtigt die deutsch-nationale „Tägliche Rundschau“ diesmal das M. d. L., sondern schreibt nur Rektor. Wahrscheinlich, ein nobles M. d. L. im nationalsten Sinne.

Ungeachteten Erfolg hatte unser Artikel über die Lehrgangskollegien in der Möbelstadt Steiner. Wutschäumend lief der „Eck“ in der Runde herum und suchte den Hebelstator. Festgegriffen, Herr Steiner, die Zustände Ihres Betriebes sind im schlesischen Potsdam fastbekannt und werden noch öfters beleuchtet werden.

Wie eine Bombe einschlagen wird der in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommende Bericht über das merkwürdige Verhalten hiesiger SPD-Unterschiedsdeputierter. Heute sei nur gesagt, Schömann bringt es kein Preussennationaler fertig. Beachtet die nächste Hochzeitsglocke.

Die Spalter am Berl. Die unser rein reformistischer Ver-

tung stehende Schweidnitzer Freie Turnerschaft ist aus dem Sportareal ausgestiegen und hat ihre Delegierten abberufen. Gründe werden keine angegeben, verantwortlich dafür zeichnet der SPD-Stadtrat Hartmann.

### Landeshut

#### Die Nazis gehen im Preise herunter

Für vorige Woche hatten die Nazis eine große Versammlung in Liebau angekündigt. Um 10,30 Uhr sollte sie steigen. 25 Mitglieder.

## „Die Trömmler“ haben „Gott gelästert“

### Staatsanwalt beantragt insgesamt sechs Monate Gefängnis

(Von unserem nach Waldenburg entsandten Mu.-Berichterstatter)

Wie noch in Erinnerung, hatte die der „Ja“ angeschlossene Arbeiterkassapflichtertruppe die „Trömmler“ Ende vorigen Jahres im Auftrage des „Verbandes der Freidenker und Feuerbestattung“ eine von W. N. Lust verfasste Revue „Himmel, Hölle und auf Erden“ herausgebracht, die außer in Breslau, in 33 schlesischen Orten aufgeführt wurde. Die letzte Aufführung fand am 8. Dezember in Gottesberg statt, und ausgerechnet in diesem Städtchen machte sich der Pfarrer auf die Schweidnitzer und erhaltete Anzeige wegen „Gotteslästerung“. Ein weibliches Schaf aus seiner Herde hatte, wie das Gesetz sagt, „Anstoß“ genommen. Die Folge davon war eine Anklage gegen Lust und die Truppenmitglieder Maria Holm, Goldberg, Kahle und Nidisch.

Der Termin fand gestern mittag vor dem Schöffengericht in Waldenburg statt. Nach der Anklage ist in der Revue ein Transparent gezeigt worden, welches angeblich

einen Pfarrer mit einem Schweinstopf

zeigte, außerdem habe man in „roher Form“ über die Exerzieren gepöbeln und gleichfalls über das Zölibat, indem man einen Pfarrer mitreden ließ, der mit seiner Köchin teufelstanzte. Ja, man habe sogar einen Plan der Vaterlosigkeit eines Kindes angehängt. Anscheinend ist die Staatsanwaltschaft der Auffassung, daß solche profane Dinge in den geheiligten Bezirken der Kirche nicht vorkommen, daß vielmehr jeder Geistliche eine ragende Säule der Keuschheit ist.

Der Gottesberger Pfarrer hatte es vorgezogen, der Verhandlung fernzubleiben, dafür war aber seine Zutragerin als Zeugin erschienen. Nun, sie machte ihrem Herzen redlich Luft.

Tolle Dinge hat sie damals in der Aufführung gesehen.

Ihre überhöhte Phantasie hat auf der Bühne Dinge erblickt, von der mit weniger Frömmigkeitstrug behaftete Besucher nicht wahrgenommen haben. Der Pfarrer mit dem Saukopf war nämlich gar kein Pfarrer, sondern ein gutbürgerlicher Sittenschlichter, auf dessen einem Arm das Wort „Hülz“ geschrieben stand. Was man Hülz auch nachfragen mag, — Plasse ist er jedenfalls nie gewesen. Auch die anderen Anlagepunkte standen auf sehr schwachen Füßen. Die ländlich-sittliche Anstößnehmerin, eine Frau Bietich (der Gerechtigkeit halber sollen wir sein, daß es nicht die Frau des Freidenker-Kanonikus Bietich ist), hatte sich noch besonders gemerkt, wie sich die Köchin dem Herrn Pfarrer auf den Schoß setzte. Das entzündete anscheinend ihre lebhafteste Phantasie, und darum ließ sie damals gleich zu ihrem Weidwader und erzählte ihm brüderlich die Sache mit der Pfarrerköchin. So sah also die Kronzeugin des Herrn Staatsanwalts aus. Man kann nur sagen, daß sie einen geradezu läp-

solte der Eintrittspreis betragen. Arbeiter kamen, doch nur vor dem Lokal, um die Tätigkeit ihrer Feinde zu beobachten. Die Nazis warteten und warteten und warteten — auf die Massen. Doch die Massen kamen nicht. Da brüllten die Nazis im Chor: „Stemmer herein! Es kostet bloß 10 Pfennige! Erwerbslose gratis!“ Doch auch für diesen geringen Preis war den verarmtesten Arbeitern das Nazi-Theater doch zu schlecht und der Versammlungsbefehl nicht lohnend. So war denn der „große“ Krüger gezwungen, sein „Kofert“, das er doch loswerden wollte, vor einem kleinen Häuflein seiner Vereinen zu halten. Heul Hülz!

Nach unseren Feststellungen gehören zu den Nazis in Liebau unter anderen: Zigarettenhändler Schreier, Kolonialwarenhändler Thiel, Hintner, Puttmacher Friedrich, Sattler Schöbemitz. Wir fordern die Arbeiter auf, gerade in diese Geschäfte einzukaufen zu gehen, da ihre Besitzer das Arbeitergeld dringend brauchen, um ihre Partei besser als bisher ins Leben zu führen, Arbeiter zu terrorisieren und niederzuschlagen.

Die Trömmler machte, so daß der Staatsanwalt in seinem bisshen Eindruck machte, durch „Preussische Forschungen“ diesen lässlichen Eindruck wieder zu verwischen. Nach seinen Ausführungen ist durch die Revue in roher Form die katholische Kirche beschimpft worden. Der Schweinstopf sollte zeigen, daß ein Pfarrer nach außen hin feuch aussieht, während er innerlich ein Schwein sei. Man kann die deutende Phantasie der Staatsanwaltschaft nur bewundern! Sehr erheitend wirkte es, daß der Vertreter der Anklage erzählte, wie er selbst mal zu einer „Feuerbestattung“ gegangen sei, was man aber alles sehr „dezent“ behandelt habe. Vielleicht war das die Reflektierung einer Urnen-Firma! Jedenfalls seien die Angeklagten mit Freiheitsstrafen zu belegen, meinte er, das Gesetz lenne bei diesem Delikt keine Freiheitsstrafen. (?) Und so beantragte er gegen Lust zwei Monate Gefängnis und gegen die übrigen Angeklagten je einen Monat Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schömerin, führte aus, daß die Angeklagten nach ihrem Vertrag mit der Bezirksleitung des Freidenkerverbandes die Auffassung haben mußten, es handele sich um nichtöffentliche Veranstaltungen bzw., was juristisch gleichbedeutend ist, um Veranstaltungen mit Besinnungscharakter. In gesell-schaftlicher Gesellschaft aber gebe es keine Gotteslästerung. Dieser Auffassung schloß sich das Gericht, dem bei der Sache sichtlich nicht wohl war, an und erkannte auf Freispruch auf Kosten der Staatskasse.

Es ist unverstänglich, wie auf Grund der dürftigen und unklaren Aussagen einer Frömmlerin überhaupt erst Anklage erhoben werden konnte. So verpulvert die Justizmaschinerie die Gelder der Steuerzahler!

Trotz dürfte über diesen Freispruch Herr Bietich sein, dem diese Gotteslästerungssache, die doch den Freidenkerverband betrifft, sehr peinlich war. Gerade jetzt, wo doch die Bietich-Freidenker auch zur Kirche gemacht werden sollen, wäre es ihm sehr unangenehm gewesen, als „Anstifter“ zur Gotteslästerung dazustehen. Die Justiz hatte ein Einsehen und hat ihm diesen Alp von der Seele genommen.

## Finanzierung sichern!

Kollegen, Genossen, die schlesische Delegation zum 5. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale muß finanziert werden. Zeichnen Sie auf die Sammellisten! Auf 2 Mark! Wo diese fehlen, können Sie vom Bezirkskomitee der R.D.C. (Adresse: M. Bielow, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50) noch nachgefordert werden. Das gesammelte Geld sendet an Postcheckkonto 518 12, Amt Breslau (Friedrich Zylka)

## Niederschlesien

### Görlitz

#### Winkel, der ewige Pechvogel

Wir hatten erst vor kurzem wieder Winkels vergeblichen Kampf gegen Kinder geahndet, und schon wieder hat sich der „Müßerbewindliche“ unsterblich blamiert. Dieser Tage erlitten „Er“ mit zwei Krümchen in der Behausung eines Schuhmachermeisters und suchte Rufen mit Munition, die leider nicht vorhanden waren. „Er“ ist wieder mal seinem Kommunitätskoffer zum Opfer gefallen, und der „Spaßvogel“, der die Polente auf den Leib lockte, wird sich eins lachen. Wie wir erfahren, beabsichtigt die Stadt Görlitz, dem Winkel bei seiner 500. Blamaze einen Lorbeerkranz zu überreichen, was wir vollständig für richtig halten. Allerdings machen wir „Jhn“ darauf aufmerksam, daß in den Reichsanlagen ein Penzlerkreuz verstreut sein soll. Winkel, greifen Sie zu!

### Skandalöse Vorgänge auf der Polizeiwache Untermarkt

Ein Obdachloser, der durch das Wohlwollen obdachlos geworden ist, muß jetzt auf seine alten Tage auf der Polizeiwache übernachten. Der dort funktionierende Wachtmeister Herr Kumiich erlaubt sich dieser Tage, sich an dem alten Manne, der zum Schlafen zwei Dedden nahm, zu vergreifen. Als sich dieser beschwerte, schlug ihn Kumiich mit einem Schlüssel auf den Kopf, daß der alte Mann blutete. Wir fragen an, wer dem Nachwächter das Recht gibt, die Obdachlosen zu schlagen.

Ein netter Hausbesitzer und „Arbeiter“. Im Hause Keiferstraße 11 wohnt der „Arbeiter“ Audi Lange, der sich in wässrigen Schimpferien gegen die Kommunisten ergeht. Vor allem, wenn er besoffen ist, reißt er sein Maul weit auf. Vor einigen Tagen kam er morgens 2,30 Uhr nach Hause, besoffen wie eine Strandblume, und schlug mit dem Fuß dezentig laut an die Tür eines dort wohnenden Genossen, daß nicht nur dieser, sondern sämtliche Hausbewohner erweckten. Der Besoffene randalierete weiter und gebrauchte Ausdrücke wie „Kommunistengefindel“, „Landesverräter“, „Lumpen“ usw. Wie uns berichtet wird, soll Lange schon mal in einer Kellnerkneipenankunft gewesen sein, und glauben wir, daß dieser Verrückte, vielleicht gestützt auf § 51, sich alles erlauben zu können glaubt. Es wird gut sein, wenn man ihn einmal gehörig den proletarischen Standpunkt klar macht.

Jungarbeiter von Nazis überfallen. Von einem Junggenossen wird uns berichtet: Als ich abends von einer Versammlung nach Hause kam, wurde ich von vier Nazis überfallen und vom Kinde gerissen. Diese Straßentäuber drangen mit Gummistöcken und Dolchen auf mich ein, und nur der verzweifeltsten Gegenwehr konnte ich entkommen. Ich bin es mir gelungen, den Überfall

abzuwehren. Arbeiter, ihr erhebt daraus, daß ihr euch gegen diese Vorhaben zur Wehr setzen müßt! Folgt der Parole der SPD. Organisiert den Gegenangriff, bildet in allen Betrieben Antifaschistische Arbeiterwachen, damit diese Verrückten nicht zu frech werden.

### Grünberg

Aus der SPD. ausgeschlossen wurden wegen parteischädigenden Verhaltens die beiden Mitglieder Vorwerk und Wälscher. Die Bienerbezirksleitung bestätigte in ihrer letzten Sitzung die beiden Ausschüsse.

### Lüben

#### Selbstmord eines Rechtsanwalts

Im Liegnitzer städtischen Krankenhaus verstarb plötzlich der bekannte Rechtsanwalt und Notar Franz Urbach aus Lüben, der am Samstagmorgen eingeliefert worden war. Die Leiche, die zunächst von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde, ist bereits wieder freigegeben worden, da festgestellt wurde, daß Selbstmord mit Gift vorliegt. Das Motiv zu der Verzweiflungstat wird in gerüttelten Vermögensverhältnissen gesucht.

### Hainau

#### Ein rabiater Polizeiwachtmeister

Ein empörendes Benehmen legte dieser Tage der Polizeiwachtmeister Hartmann von hier an den Tag. Dieser bekam von seiner vorgesetzten Behörde den Auftrag, eine ermittelte und bei der Polizei infolge dessen obdachlos gemeldete Arbeiterin A. zwangsweise in die Wohnung ihrer Schwester unterzubringen. Diese verweigerte die Aufnahme, da sie selber nur im Besitze einer kleinen Stube ist. Darob große Entrüstung bei dem Polizeigewaltigen. Mit allerhand schmeichelehaften Kraftausdrücken versuchte dieser nun sich seines Auftrages zu entledigen. Da sein Bemühen trotzdem fruchtlos blieb, versuchte er es gar mit handgreiflichen Mitteln, und nur durch die Flucht zu Nachbarkleuten konnte die Arbeiterin diesem brutalen Menschen entfliehen. Wir glauben bestimmt nicht, daß das die richtige Methode zur Unterbringung von Obdachlosen darstellt. Warum wird die Unterbringung von Obdachlosen fluchtartig vorgenommen, wo es doch auch in Hainau leerstehende Fünf- bis Reunzimmerswohnungen gibt?

### Bunzlau

#### Sittlichkeitsverbrechen an einem geisteschwachen Mädchen

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das erweiterte Liegnitzer Schöffengericht gegen die angeklagten drei Männer aus Ottendorf. Sie sollten nach einer Hochzeitsfeier in der Katnerischen Brauerei in Ottendorf am 12. Dezember v. J. gemeinschaftlich ein geisteschwaches Mädchen hinter das Eck des Dominikus ver-

aufnahme ergab jedoch, daß nur ein Versuch angenommen werden konnte. Das Gericht erkannte wegen gewalttätiger Vornahme unzüchtiger Handlungen an einer geisteskranken Person gegen die angeklagten Ruprecht auf 8 Monate Gefängnis, Wendrich auf 6 Monate Gefängnis und Mai auf 4 Monate Gefängnis. Einer erhielt Strafauflösung mit Bewährungsfrist.

### Liegnitz

#### Todesfahrt mit dem Auto

Ein tragisches Autounfall ereignete sich am Bahnübergang bei Vorderheide. Das mit hoher Geschwindigkeit fahrende Auto eines Berliner Kaufmanns wollte in der scharfen Kurve plötzlich einem Radfahrer ausweichen, wobei es sich dreimal überschlug. Der furchtbar verstümmelte Fahrer war sofort tot.

### Aus dem Riesengebirge

#### Wie Erwerbslose behandelt werden

Am Sonntagabend hielt der Erwerbslosenausschuß Petersdorf eine Erwerbslosenversammlung im Gasthof „Zur Hoffnung“ ab. Thema: „Die Wohlfahrtsunterstützung“ und Bericht von der Kreis-Erwerbslosendemonstration in Pirischberg. Die anwesenden Kollegen sprachen sich gegen die jetzt gezahlten Wohlfahrtsunterstützungssätze empörend aus. Unter anderem wurde der Wohlfahrtsbezugnehmer Kretschmer wieder unter die Lupe genommen. Ein jugendlicher Kollege stellt, weil er ausgeteuert ist, einen Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung. Der laubere Herr verweist den Kollegen darauf, daß sein Vater verpflichtet wäre, ihn zu unterhalten und geht soweit, den Vater des Antragstellers zu sich zu bestellen, und nach langem Hin und Her wird der Antrag noch einmal ausgestellt mit der Unterschrift des Vaters. Wir sind aber mit der Angelegenheit nicht zufrieden. Der jugendliche Kollege ist nämlich 22 Jahre alt, also volljährig, und berechtigt, den Antrag selbst zu stellen und zu unterschreiben. Der Erwerbslosenausschuß hat die Angelegenheit in die Hand genommen, und wenn der Wohlfahrtsbezugnehmer noch nicht weiß, daß mit der Vollendung des 21. Lebensjahres die Volljährigkeit eintritt, dann werden wir es ihm sagen. Wir fragen den Gemeindevorsteher Gödel, ob er unserer Forderung, den Antrag richtig zu stellen, nachkommen will. Oder wollen Sie sich mitschuldig machen an der Entrechtung der volljährigen Arbeiter? Wie schmutzig dieser Gemeindevorsteher gegen die ausgeteuerten Erwerbslosen arbeitet, zeigt folgendes: Ein Ausgeteuerter meldet sich bei dem schon angeführten Herrn Kretschmer wegen Bezug der Wohlfahrtsunterstützung. Dem Kollegen wird wie üblich ein stundenlanges Referat gehalten, bis der Kollege doch schließlich vom Bezug der Wohlfahrtsunterstützung Abstand nimmt. Der Kollege versucht sich so durchs Leben zu schlagen. Obwohl Herr Kretschmer weiß, daß der Ausgeteuerter keiner Krankenliste weiter angeführt, unterläßt er die Anmeldung. Da der Kollege jetzt krank ist, wollen wir sehen, wem der laubere Herr Kretschmer die Schuld jetzt zuschieben wird. Kollegen, wendet euch in allen Anlässen an euren Erwerbslosenausschuß!

# 5. deutsche Arbeiter-Delegation

## Die Geflügel der Kriegstreiber an den Pranger!

Wir haben unsere Leser wiederholt darauf gewarnt, sich über die Einwirkung in England irgendwelcher Missionen hinzugeben. Wir haben immer betont, daß letzten Endes das russische Proletariat die Kosten für die abenteuerliche Politik Stalins zu zahlen muß.

(Wochenbeilage der Metallarbeiter-Zeitung vom 28. Juni 1930.)  
Nach eigenen Angaben vom 28. Juni 1930.  
nachgeplappert, die von den russischen Emigranten und anderen Gegnern der Sowjetunion in die Welt gesetzt wurden.  
(Deutsche Republik vom 12. Juli 1930.)

Am 3. August fährt die 5. deutsche Arbeiterdelegation in Stärke von 45 Mann nach der Sowjetunion. Nach den bisherigen Anmeldungen beim Bund der Freunde der Sowjetunion, der diese Delegation organisiert, wird sich diese in der Hauptsache aus sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern zusammensetzen. Die vielen Anfragen von Arbeitern über die Möglichkeit der Entsendung eines Delegierten aus ihren Betrieben bzw. Organisationen zeigen, daß der Wunsch zur Entsendung einer Delegation einen großen Widerhall bei den Massen gefunden hat.

Wir bringen oben zwei Blatte von Gegnern der Sowjetunion. Während die Älteren durch die nicht mehr wegzuleugnenden Erfolge bei der Verwirklichung des Fünfjahresplanes ihre Politik umstellen, um nicht vollkommen lächerlich zu wirken, setzt die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse ihre humanen Tugenden fort.

Lange Jahre hindurch orientierte die sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse die deutschen Arbeiter auf den amerikanischen Kapitalismus. Sie schilderte Amerika als das Vorbild des kapitalistischen Wohlstandes und stellte ihm die „Armut“ in der Sowjetunion gegenüber. Die in Amerika scheinbar hohen Arbeitslöhne mit der „Beteiligung der Arbeiter am Gewinn“, wie beim Ford-System, das Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit dem Kapitalismus, die Arbeiterbanken usw. wurden als Vorbild hingestellt, das anzustreben die Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung ist. Zu diesem Zweck sandten sie auf Kosten der Gewerkschaftsmittglieder ihre Delegationen nach Amerika. Mit dem Beispiel Amerikas sollte der Sozialismus in der Sowjetunion gescheitert werden.

Jetzt wird vor den Augen der breiten Masse der Werktätigen die Bilanz zugunsten des Sozialismus entschieden. Ernste bürgerliche Schriftsteller und Wissenschaftler können die Erfolge bei der Industrialisierung in der Sowjetunion nicht mehr leugnen. Während das Lebensniveau von Millionen Bauern durch die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion sich immer mehr und mehr hebt, wird die Existenz von Millionen kleiner Wirtschaften in den kapitalistischen Staaten durch die Weltagrarkrise in Frage gestellt. Während in den kapitalistischen Ländern einschließlich dem „Vorbild Amerika“ die Krise wütet, die Erwerbslosigkeit steigt und das Lebensniveau der Arbeiter einen unerhörten Tiefstand erreicht, verschwindet in der Sowjetunion mit dem Fortschreiten der Industrialisierung und der Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnerhöhung die Erwerbslosigkeit völlig und steigen die Ausgaben auf sozialem Gebiet.

Der Bankrott der kapitalistischen Welt wird für die breite Masse der Arbeiter immer offensichtlicher, und die Tugenden und Verkündigungen gegen die Sowjetunion verklingen immer weniger.

Gegen die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, die dem Kapitalismus als einziger Ausweg aus der Krise erscheint, und für den Schutz des Vaterlandes aller Unterdrückten der Erde werden am 1. August in allen Ländern die Arbeiter demonstrieren. Die Aufklärung der Werktätigen über die wirkliche Lage in der Sowjetunion und die Verbreiterung der Front zum Schutz der Sowjetunion wird die Aufgabe der Delegation und aller Freunde der Sowjetunion sein.

Theo Beutling.

# Protestkundgebung in Fez

Paris, 22. Juli. Wie Havas aus Rabat berichtet, demonstrieren in den Straßen von Fez Abteilungen der Eingeborenen unter Führung der Jung-Marokkaner gegen die Anwendung der kürzlich erlassenen neuen Rechtsordnung bei den Berberstämmen.

# Suez in Händen der Aufständischen

## Die Kämpfe in Kairo dauern an — Macdonalds Suez-Regiment eingeleitet

Kairo, 22. Juli. Nach Meldungen aus Suez sollen die dortigen Polizeitruppen zurückgeschlagen sein und die Stadt sich in den Händen der aufständischen Bevölkerung befinden. Eine Abteilung des britischen Suezkanal-Korps befindet sich im Anmarsch auf Suez. Es ist dies das erste Mal, daß bei den gegenwärtigen Kämpfen in Ägypten englisches Militär zur Niederschlagung der Aufständischen eingesetzt wird.

In Kairo haben sich die Zusammenstöße am gestrigen Abend und in der Nacht fortgesetzt. In mehreren Fällen wurde von der erregten Menge auch Europäer angegriffen. Es werden 20 Tote, 265 Verletzte und über 1000 Verhaftete gemeldet.

Auch in der Provinz fanden große Kundgebungen der bäuerlichen Bevölkerung statt.

Es verlautet, König Fuad werde als Folge der gegenwärtigen politischen Lage in Ägypten zurücktreten. Ministerpräsident Sidky Pascha soll gleichfalls beabsichtigen,

sein Amt niederzulegen. Als Nachfolger Sidky Paschas ist der gegenwärtige Senatpräsident Waly Pascha, ein konstitutioneller Nationalist, vorgesehene. Nach Neuernungen von Nationalistenführern werde sich die Waly-Partei, die über die Ausmaße der von ihr entfachten Bewegung erschrocken ist zufrieden geben.

In Kairo ging das Militär zusammen mit der Polizei in beispielloser Brutalität gegen die Demonstranten vor. Schwere Schüsse halten ununterbrochen in den Straßen. Auf die Zuschauer auf den Dächern der Häuser wurde geschossen, es wurde in die Torgänge und Fenster Hölzerngeschossen. Harmlose Passagiere gepackt und halb tot geprügelt.

Die Menschenmenge flüchtete in maßloser Wildheit um, warf Gasbomben über die Straßen und setzte darauf das ausströmende Gas in Flammen. Steinbarrikaden entstanden.

Die Regierung hat den Truppen ein besonderes Lob für ihr Wüten ausgesprochen.

# Nordfrankreich stößt vor!

## Die politischen Streikaktionen gegen das reaktionäre Sozialversicherungsgesetz wachsen zu einer Massenbewegung an

Paris, 22. Juli. Die Metallarbeiter von Lille und Umgebung haben für heute den Generalstreik ausgerufen, um gegen die Lohnabzüge für die Sozialversicherung zu protestieren. Im gleichen Industriegebiet streifen bereits über 20 000 Legitimitätsarbeiter. Für den heutigen Tag werden große Demonstrationen erwartet.

Starke Polizei- und Gendarmereieinheiten werden in Alarmbereitschaft gehalten.

Bei Citroen in Paris streifen bereits dreitausend Automobilmonteure. Man rechnet mit der Ausbreitung des Kampfes.

Im Gebiet von Rouen stehen 10 000 Arbeiter der Textil-, chemischen und Metallindustrie im Kampf.

In La Courneuve sind 1200 Arbeiter in den Streik getreten.

# Helft der „Humanité“!

Paris, 22. Juli. Das Komité des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Frankreichs richtet an die Leser der „Humanité“ und an die französische Arbeiterschaft einen Aufruf, zur Erhaltung des in seiner Existenz bedrohten Zentralkomitees, der „Humanité“, bis zum 15. August die Summe von 500 000 Franken durch Sammlungen aufzubringen.

Die Verschuldung der „Humanité“ ist die Folge eines mit beispielloser Zähigkeit monatelang betriebenen Vernichtungsfeldzuges der französischen Bourgeoisie gegen das kommunistische Sprachrohr der werktätigen Massen.

Allein 75 000 Franken Strafzinsen müssen sofort an die französischen Gerichtsbehörden gezahlt werden. Die unerhörten hohen Strafen verhängte die Bourgeoisie gegen Redakteure und Geschäftsführer der „Humanité“, weil sie unerhördet immer wieder ihren zähen antimilitaristischen Kampf fortsetzten und die Interessen der Soldaten und Matrosen verteidigten.

Ferner verweigern die kapitalistischen Geschäftsleute seit der von der Regierung verfügten Schließung der Arbeiter- und Bauernbank der „Humanité“ jeden Kredit.

Hinzu kommt, daß eine von den revolutionären Gewerkschaften abgespaltene Renegatengruppe von der „Humanité“ bis zum 15. August die Zurückzahlung von 200 000 Franken verlangt, die der Zeitung bei der behördlichen Schließung der Arbeiter- und Bauernbank zur Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten aus dem Guthaben der Gewerkschaften geliehen worden waren.

Die politischen Gefangenen der Sante haben bereits eine Sammlung für die „Humanité“ veranstaltet. Jeder politische Gefangene verpflichtete sich zur Abgabe von 5 Franken. Der Betrag von 90 Franken ist der Zeitung bereits überwiesen worden.

# Generalstreikbeschuß der irischen Eisenbahner

London, 22. Juli. „Daily Telegraph“ berichtet aus Dublin: Der Nationalverband der Eisenbahner hat beschlossen, den Generalstreik auf der Great Southern Railway in Irland heute nacht 12 Uhr zu erklären.

Der Streik bedeutet die Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs im irischen Freistaat, außer auf der nach Belfast führenden Linie der Great Northern Company. 12 000 Eisenbahner sind von diesem Streik betroffen.

# Litwinow Außenkommissar der Sowjetunion

Moskau, 21. Juli. Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion hat Litwinow auf seine persönliche Bitte hin seines Postens als Außenkommissar entbunden. An seiner Stelle wurden Litwinow zum Außenkommissar ernannt, Krestinski zum ersten und Karachan zum zweiten Stellvertreter. Das Kollegium des Außenkommissariats besteht aus Krestinski, Karachan und Stomonjatoski.



Copyright © Internationaler Arbeiterverlag, Berlin.

18. Fortsetzung.

„Bankrott? Du kommst wohl aus Sibirien, Genosse?“

„Jawohl.“

„Bist du schon lange hier?“

„Einige Monate.“

„Du mußt uns erzählen, wie unsere Genossen dort leben und wie sie gegen die Koltschakbande und deren sozialrevolutionäre Lakaien kämpfen.“

„Wenn ihr wollt, gern. Ich bin allerdings schon ziemlich lange von dort fort.“

„Nicht aufhalten, Genossen!“, rief es von hinten. Swann Petrowitsch ging rasch in den Saal. Kampflosungen auf rotem Tuch schmückten die verstaubten Wände. Ueber dem Podium hing der Löwenkopf von Karl Marx und Bilder von Lenin und vielen anderen. Man hatte noch nicht Platz genommen, sondern stand in Gruppen und unterhielt sich lebhaft. Man sah fröhliche Gesichter, leuchtende Augen, heftige und enthusiastische Bewegungen.

Diese Begeisterung berührte Swann Petrowitsch unangenehm. Jetzt waren sie die Herren, jetzt konnten sie lachen! Ein Glockenzeichen erscholl; alle schob, stieß und drängte zu den Plätzen hin. Der Saal war gepöpst voll. Auf dem Podium hatte das Parteikomitee Platz genommen. Das Präsidium wurde gewählt. Als erster bekam der Parteisekretär das Wort, ein großer, breitschultriger Mann.

Er sprach klar und eindringlich: „Von allen Seiten werden wir von feindlichen Armeen bedroht, die von den englischen Imperialisten bewaffnet werden. Die proletarische Diktatur ist in Gefahr. Der Feind rückt näher und näher. Sollen wir unsere Fabriken den Kapitalisten zurückgeben? Hundert-

tausende Opfer müßte das Proletariat bringen, bis die alte Regierung verjagt war. Wir haben den Zaren und seine Minister zum Leufel gejagt; wir haben die Kapitalisten aus den Fabriken und Werken vertrieben; wir haben den Bankrott unserer Volkswirtschaft abgenommen. Sollen wir all das der kapitalistischen Meute wieder überlassen? Soll der Bauer sein Land, für das er dreihundert Jahre lang gekämpft hat, wieder hergeben? Soll er wieder Knecht sein wie bisher? Soll über seinen geschundenen Leib wieder die Peitsche des Junkers herrschen?“

Jedes seiner Worte war wie aus Stein gehauen. Seine Rede zündete.

Swann Petrowitsch blinnte um sich. Ueberall leuchtende Augen, gespannteste Aufmerksamkeit. Neben ihm saß ein Arbeiter in zerrissenem Mantel und ebensolchen Schuhen, aber eine flammende Begeisterung drang von ihm zu Swann Petrowitsch. Ihm war, als wäre er von einem eisernen Ring umschlossen. Er befand sich in einer Löwengrube. Er fühlte, daß diese tausendköpfige Menge bereit war, zerstampft und barfuß wie sie war, zu den Waffen zu greifen, wenn der breitschultrige, gebräunte Genosse sie rufen würde.

Jetzt fielen die furchtsamen, verängsteten Gesichter der Gräfin und des General-Grigoriow ein. Jawohl, ihre Angst war berechtigt, ihre Furcht begründet. Da war eine Kraft, gegen die man noch schwerer zu kämpfen haben wird. Swann Petrowitsch begriff jetzt, warum sich alles so lange hinauszog, warum General Wassiljtschikoff so unruhig und angstvoll den Dingen entgegenschau, trotz der Siege an der Front. Hier mußte die ganze Kraft eingesetzt werden, die starke bewaffnete Faust. Und ohne Befreiungsarbeit in diesem „Sowdepien“ würde man diese Macht nicht niederringen. Man mußte sie unterwühlen, damit sie endgültig zusammenbrach.

Stürmischer Beifall riß Swann Petrowitsch aus seinen Gedanken.

Der ganze Saal war aufgestanden und applaudierte begeistert, schrie, tobte, trampelte mit den Füßen, war auf Leben und Tod mit denen auf dem Podium verbunden.

„Hinein in die Rote Armee“, rief ein Bauer vom Podium herab, auf das er gesprungen war, „hinein in die Rote Armee! bis auf den letzten Mann. Ich habe sechs Söhne, nehmt sie alle, aber laßt nicht zu, daß unser Land uns wieder geraubt werde! Laßt die Herren nicht zurückkehren! Wir werden sie nicht

mehr dulden. Wir werden ihnen die Hälse durchschneiden, wenn sie es wagen, uns unser Land zu rauben!“

Die Reden waren zu Ende. Es wurde eine Resolution angenommen. Swann Petrowitsch fühlte ein Würgen im Hals. Er stand etwas abseits von den anderen, und in seinem Herzen war eine große Leere: „Ja, das ist eine Macht! Wenn man sie an der Herrschaft läßt, werden sie noch die ganze Welt erobern.“

## Arke, der Tischler

Die Versammlung war noch nicht geschlossen. Nach einer kurzen Pause erscholl wieder das Glockenzeichen. Der zweite Teil der Versammlung begann. — „Genossen“, rief der Vorsitzende, „wir haben von einem Genossen im Saal einen Zettel bekommen; in dem wir darauf aufmerksam gemacht werden, daß sich hier im Saal Nichtmitglieder befinden. Wenn das der Fall ist, bitten wir sie, den Saal zu verlassen.“

Alle Köpfe wandten sich dem Ausgang zu. Man war gespannt, wer hinausgehen würde, aber niemand tat es.

Der Vorsitzende schlug vor: „Genossen, kontrolliert eure Parteibücher gegenseitig.“

Im Saal entstand ein Geräusch. Alle griffen in die Taschen. Dann gab der Vorsitzende dem Genossen Arke mit folgender Bemerkung das Wort.

„Genosse Arke kommt aus Moskau. Er weilt erst seit einigen Tagen unter uns. Er ist der Vorsitzende der Tischler. Er kommt mit Anweisungen vom Distriktskommissariat.“

Arke trat ans Pult. Er wartete, bis sich der Beifall, mit dem ihn die Versammlung begrühte, gelegt hatte. Während er sprach, wurde eine breite Narbe an seiner Stirn sichtbar. Panoff erschrak. Diese Stirn mit der Narbe kannte er. Das war Deutschmann, Arke Deutschmann. Sie waren zusammen aufs Gymnasium gegangen.

Bevor ihm diese Tatsache voll bewußt geworden war, sprach eine harte, metallische Stimme: „Genossen, ich will keine langen Reden halten. Dafür ist jetzt keine Zeit. Wir müssen handeln. Noch heute abend müssen wir Hausdurchsuchungen in den Vierteln der Bourgeoisie machen. Ein großererrat wird vorbereitet. Wir haben Nachricht, daß weiße Offiziere sich über die Grenze geschmuggelt haben. Vor einigen Tagen haben wir eine Geheimorganisation der Koltschakisten entdeckt. Sie sind in unsere Institutionen eingedrungen und verraten uns an unsere Feinde.“

(Fortsetzung folgt.)



# Blutiger Kriegstreiber Faschismus!

„Die Vermeidung von sozialer Demagogie und Korruption mit dem ökonomischen Terror sowie die zum Äußersten gesteigerte imperialistische Aktivität der Außenpolitik sind charakteristische Säue des Faschismus. An Stellen, die für die Bourgeoisie besonders kritisch sind, bedient sich der Faschismus einer antisozialistischen Abstraktion; sobald er aber seine Macht gesichert sieht, erwählt er sich immer mehr als terroristische Diktatur des Großkapitals und wußt den antisozialistischen Plunder von sich.“

Aus dem Programm der kommunistischen Internationale.

Unter den Stößen der Weltwirtschaftskrise, die die Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf der ganzen Welt erschüttern und die hungernden Millionenmassen zum er-



Goebbels, Häuptling der Berliner Nazi-Pest

Sittlichen Kampf um ihre bare Existenz zwingen, greift die Bourgeoisie aller Länder als letzten Rettungsversuch zum faschistischen Falkenkreuz, zum Stahlhelm, zu Art und Rutenhandel. Ein Land nach dem andern läßt die verlogene Maske der parlamentarischen Demokratie fallen und versucht, gestützt auf die faschistischen Terrororganisationen, die nackte faschistische Diktatur zu errichten.

Die wahnwitzigen Kriegsabenteuer, in die die Bourgeoisie die Völker zu stürzen bereit ist, um neue Märkte und Rohstoffgebiete zu erobern, verlangt von ihr überall „Aufsäumungsarbeiten“ mit dem „inneren Feind“ durchzuführen. Deshalb läßt sie die Meute der faschistischen Mordorganisationen gegen die Arbeiterschaft los, die zum Kampf gegen Young-Plan und mörderische Rationalisierung, gegen den Unternehmerangriff auf Lohn- und Arbeitszeit, gegen die Kriegsvorbereitungen des Imperialismus ausholt.

## Tankgeschwader gegen Sowjetrußland

Immer enger schließt sich der Ring der Tanks und Bajonetts um den ersten Arbeiter- und Bauernstaat, der für die freigeschüttelten imperialistischen Raubstaaten täglich begehrenswerter wird. In Finnland hat soeben die Bourgeoisie und das Großagrarierturn mit Hilfe der großbäuerlichen faschistischen Lappo-Bewegung die unverhüllte faschistische Diktatur errichtet. Mordend ziehen die Lappo-Banden durch das Land, das nur wenige Meilen vom roten Leningrad entfernt liegt. Durch ihren faschistischen Terror gegen die Arbeiterschaft und Kleinbauern machen sie im Dienste des Imperialismus dieses Aufmarschgebiet und wichtiges Einfallsgelände gegen die Sowjetunion kriegsfertig. Daneben Polen, Lettland, Litauen, weiter südlich Rumänien schieben ihre Tankgeschwader immer weiter gegen die Grenzen des Sowjetlandes

## ROTE Betriebswehren gegen Faschismus Massenmobilisation für die KPD.

vor. Sie warten auf den Wind von London, Newyork, Paris und Berlin, um mordend und sengend auf das Gebiet des Rätestaates einzubrechen, in dem die Arbeiter und Bauern mit Hammer und Sichel die sozialistische Planwirtschaft aufbauen.

Der ganze Balkan ist ein faschistisches Pulverfaß. Mussolinis Kriegsschreden werden immer drohender. Heuchlerisch sprach der Vertreter des italienischen Faschismus auf der Londoner „Abrüstungs“-konferenz für eine Zurückschraubung der Kriegsrüstungen und besonders Abschaffung der U-Boote. Und kurze Zeit später hat Mussolini für das Jahr 1930/31 ein Flottenprogramm aufgestellt, das den Bau von 3 neuen Kreuzern, 4 Zerstörern und 24 Unterseebooten aufweist, die noch alle vor dem Jahre 1933 fertiggebaut und von Stapel gelassen werden sollen.

An den Grenzen der Sowjetunion, an denen die fa-

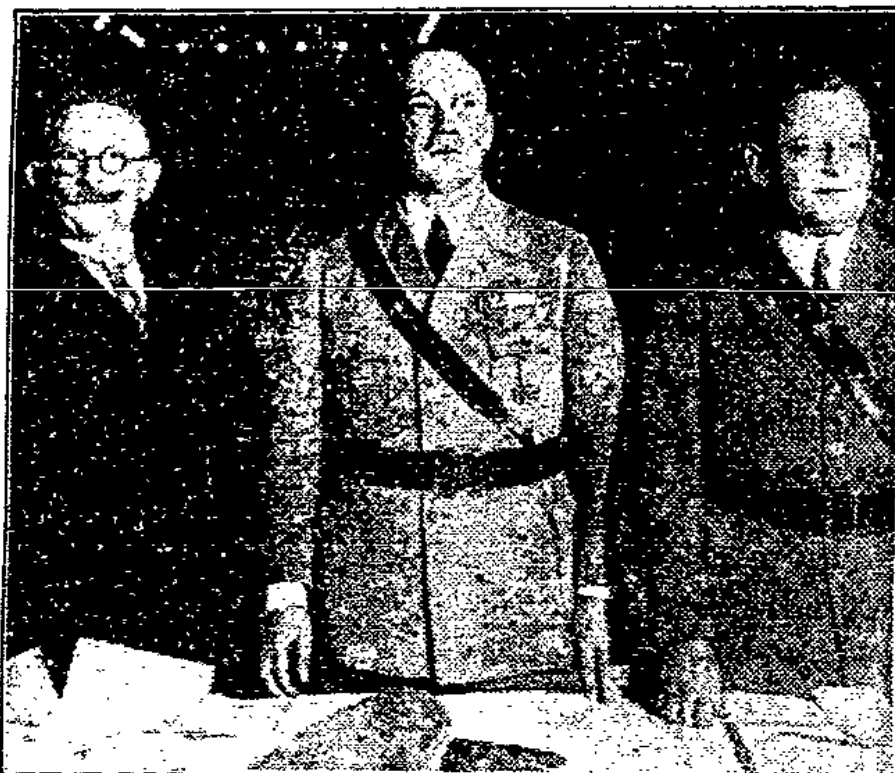
schistischen und weißgardistischen Banden in Waffen starrend bereitstehen, leuchten jeden Augenblick die Blitze des nahenden Kriegsgewitters auf. Im April dieses Jahres erst schleuderte ein Weißgardist, angespornt von der wütenden Antifaschtheke des polnischen Imperialismus, eine Bombe gegen die Warschauer Sowjetregierung.

Im vorigen Jahr trieben die Imperialisten die bewaffneten Banden des chinesischen Henkers Tschangkaischek und der russischen weißgardistischen Emigration an der Ostchina-bahn vor, in der Hoffnung, die Sowjetunion in ein blutiges Gemetzel zu zerren. Die Bajonette der ruhmreichen roten fernöstlichen Armee des Genossen Blücher und der unerhörten Friedenswillen der Sowjetunion, die das chinesische und das Weltproletariat zum gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen Räuber aufrief, zwangen auch diesmal noch die Kriegstreiber, zum Rückzug zu blasen. Aber vielleicht schon morgen oder übermorgen wird der kriegslüsterne Imperialismus eine andere Gelegenheit erfassen, um erneut seine Söldnerscharen gegen das befreite Sowjetreich loszuziehen. In der Sozialdemokratie aller Länder findet der Imperialismus stets einen treuen Bundesgenossen.

## Faschistische Hindenburg-Diktatur

In der tiefen Krise, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, steht die deutsche Bourgeoisie auch ihrerseits keinen anderen Ausweg, als den der faschistischen Diktatur.

Hindenburg sanktioniert die Ausplünderung des deutschen Volkes mit dem Diktaturartikel 48, damit Deutschland durch pünktliche Zahlungen der Milliardenlappen des Young-Planes seinen Platz an der „Sonne“ in der Schar der imperialistischen Räuber behalten kann. Am Tage zuvor fordert er kategorisch die Aufhebung des Stahlhelmverbots, und der Sozialdemokrat Otto Braun erfüllt bereitwillig seinen Wunsch. Neben der sozialfaschistischen Stütze, die im gegenwärtigen Augenblick im Auftrage der Trustbourgeoisie in der „Opposition“ den Massenbetrug durchführt, um die Kraft des Proletariats zu lähmen, fördert die deutsche Bourgeoisie immer stärker die offenen faschistischen Terrorbanden des Stahlhelms und der Nationalsozialisten. Mit ihren nationalsozialistischen Roderworten vom „Frontgeiß“ und der „Sendung“ des „hochrasigen Deutschlands“, seine Macht über andere Länder zu errichten, bilden sie die zuverlässigste Kohorte



Ein Kleeblatt, das von Arbeitermord und Kriegshetze lebt, Hugenberg, Düsterberg, Selde

des Finanzkapitals zur Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion.

Der „Völkische Beobachter“ Hitlers veröffentlichte am 29. April dieses Jahres einen Bericht über die Reichsführertagung der Falkenkreuzpartei München, in dem es ohne Umschweife heißt:

„Reichswehrminister a. D. Hierl hielt ein bedeutungsvolles Referat über die derzeitige militärpolitische Lage in Europa. Er prüfte nüchtern-militärisch die Aussichten eines allenfalls von den westeuropäischen Mächten geplanten Koalitionskrieges gegen Sowjetrußland und zog die Schlussfolgerungen, die sich hieraus für die deutsche Politik im allgemeinen wie für das Taktische der Partei ergeben. Oberster Gesichtspunkt für uns bleibt dabei die Sicherstellung der deutschen Zukunft (!). Seine Ausführungen leiteten über zur zweistündigen Schlussrede Adolf Hitlers. Er charakterisierte den russischen Bolschewismus als einen wesentlichen Bestandteil der jüdisch-marxistischen Völkerverzerrung und demgemäß jede marxistische Revolutionsbewegung als eine politische und rassistische Minderwertigkeitserscheinung.“

Wir brauchen nur einen Blick in das Programm der Nazi-partei zu werfen, und wir finden dort die Forderung, auf Grund deren die Macdonald und Co. die Millionenmassen der Kolonialvölker mit Maschinengewehren, Fliegerbomben und Giftgas für die „Kultur“ zu erschließen und Ströme von Blut fließen lassen. Punkt 3 des Programms lautet:

„Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und zur Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.“

Die Nazi-partei Adolf Hitlers, die Partei des brutalen



Mordfaschismus, die jeden Wind ihres ungekrönten Befehlshabers Hugenberg oder des Stahlhelms und der Schwerindustrie, in deren Sold sie steht, zur Ausführung bringt, beweist durch ihr Programm und ihre Politik, daß sie in jedem Kriegsabenteuer, in jedem neuen Völkermorden zuverlässige Führergarden für das Kapital stellen wird. Mit dem blutbesiedelten englischen Imperialismus verbündet, vom Delfin King Deterding bezahlt, steht Hitler jederzeit bereit, mit seinen Banden an Interventionskrieg gegen die Sowjetunion teilzunehmen. In einem Gespräch mit dem aus der Hitler-Partei ausgestiegenen „revolutionären“ Phrasier Straker enthüllte Hitler die Rolle, die die deutsche Bourgeoisie und der internationale Imperialismus den faschistischen Terrororganisationen in Deutschland zugedacht hat. Hitler erklärte:

„daß das Interesse Deutschlands ein Zusammengehen mit England erheische, weil es sich darum handle, eine nordisch-germanische Herrschaft über Europa und — im Zusammenhang mit dem nordisch-germanischen Amerika — über die Welt aufzurichten.“

## Der Kommunismus zeigt den Weg zur Völkerbefreiung

Die Beamten, Angestellten und proletarischen Mittelständler, deren Armut und Elend der Faschismus für seine konterrevolutionären, nationalfaschistischen Kriegsideen auszunutzen bestrebt ist, erblicken hinter der Maske der sozialen Phrasie die Frage des imperialistischen Kriegstreiberers. Die hungernden Millionenmassen wollen kein neues imperialistisches Völkermorden, sie wollen sich nicht vom Faschismus auf die Schlachtbänke des Imperialismus führen lassen. Sie fordern, was ihnen allein die Sowjetmacht geben kann: Freiheit, Frieden und Brot. Der Faschismus kann keinen Ausweg zeigen, weil er für die Erhaltung des Kapitalismus, für die Knechtung der Nationen und Kolonialvölker, weil er für den imperialistischen Krieg eintritt.

Der Kommunismus ist die einzige Kraft, die imstande ist, die Arbeiter und Bauern, die Angestellten, Beamten und Mittelständler aus Krisenelend und Young-Sklaverei herauszuführen. Zusammengeballt unter der Führung der kommunistischen Partei, sind die ausgebeuteten Massen die unbefiegbare Kraft, die auf dem Boden des Imperialismus die Herrschaft des internationalen Sozialismus, der internationalen Völkerbefreiung errichten wird.



Mussolini, der Henker Italiens, das Vorbild jedes deutschen Faschisten

# Heraus am 1. August! gegen Kriegstreiber und Faschismus!